

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Der „Vorsorgende Sozialstaat“ das „neue Leitbild“ der SPD – Seite 4**
- **An Amerikas pazifischer Nordwestküste konfrontieren Menschen die Kriegsmaschinerie – Seite 6**
- **Württemberg: Diakonie auf der Straße und im Streik – Seite 12**
- **Schleswig Holstein: Verkauf der Eisenbahnanteile erstmal gestoppt – Seite 16**
- **Aus der Diskussion der Linken Schule: Beherrscher Raum, effektiver Raum, Verkehrswegeplanung – Seite 19**

Ausgabe Nr. 7 am 5. April 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Neue Gesundheitsrisiken

HA, 17.3./ HBS, 29.3. scc. Einer Studie der Techniker Krankenkasse zufolge sind Angststörungen und Depressionen in Hamburg seit 1997 um 70% gestiegen. Zwar liegt Hamburg mit 2,8 Fehltagen je Erwerbsperson um 78% über dem Bundesdurchschnitt und auch deutlich etwa über Berlin (2,2 Fehltagen), doch gilt die in der Studie zum Ausdruck kommende Tendenz als repräsentativ und wird auch von vergleichbaren Studien von BKK und DAK bestätigt. In Hamburg ist jede vierte Krankenschreibung inzwischen auf ein psychisches Leiden zurückzuführen.

Besonders betroffen sind Verwaltungsangestellte und Lehrer, vergleichsweise wenig anfällig dagegen z.B. Bauarbeiter. Als Hauptursache der sprunghaften Zunahme psychischer Krankheiten gelten Armut, Arbeitslosigkeit und vor allem die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Auf eine weitere Ursache von wahrscheinlich wachsender Bedeutung, nämlich „Krankheitsverleugnung“, weist eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung. Diese wertet die Tatsache, dass die Fehlzeiten wegen Krankheit so niedrig wie noch nie sind, als Vorboten neuer Gesundheitsrisiken. Dabei stellt sie u.a. fest, dass die betriebliche Gesundheitsbelastung vor allem und geradezu typisch bei modernen Dienstleistern wie IT-Firmen, Banken oder auch in Krankenhäusern ignoriert werden. Die Arbeit sei so organisiert, „dass Krankheit nicht vorkommen darf“. Termindruck, knappe Personaldecke und das Aufeinanderangewiesensein in Teams üben einen starken Druck auf den Einzelnen aus, Krankheiten zu verleugnen.

Die Rütli-Story – Auflösung der Hauptschule!

Berliner Zeitung, 30.3. rül. Ein Jahr ist es her, dass die Berliner Rütli-Schule durch die Medien gereicht wurde und Thema für bundesweite politische Diskussion war. Das Kollegium der Hauptschule im Berliner Stadtteil Neukölln hatte sich in einem offenen Brief über unhaltbare Zustände an der Schule beschwert. Keinerlei Motivation der Schülerinnen und Schüler, Gewalt an der Schule und hilflose Lehrerinnen und Lehrer – das war die Botschaft.

Ein Jahr danach zog die neue Schulleitung jetzt Bilanz, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern. Das Ergebnis, so der Schulleiter: Die Schule sei kein Thema mehr für Schlagzeilen, die Stimmung und auch das Image der Schule deutlich verbessert, bis hin zu Kleidung mit dem „Rütli-Logo“, von Schülerinnen und Schülern der Schule

inzwischen selbst gefertigt. Ein Grundproblem sei aber geblieben: das dreigliedrige Schulsystem und damit verbunden die Chancenlosigkeit von Hauptschülern, wenn sie die Schule verlassen. Das Kollegium der Schule hatte damals in seinem Brief nicht, wie in der Presse vielfach berichtet, die Schließung der eigenen Schule verlangt, sondern die Abschaffung der Hauptschulen.

Diese Forderung hat sich auch der neue Schulleiter zu eigen gemacht. Seine Begründung: Hauptschüler haben keine Chance auf dem Arbeitsmarkt bzw. bei der Suche nach Ausbildungsplätzen. „Von 60 Schulabgängern des Jahres 2006 haben bis heute nur drei einen Ausbildungsplatz gefunden“.

Kommunalwahlrecht für Ausländer aus Drittstaaten nicht absehbar

Heute im Bundestag, 3.4. alk. Im Koalitionsvertrag war noch die Rede von einer „Prüfung“, ob ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger möglich sei. Inzwischen scheint diese Prüfung abgeschlossen, so antwortet die Bundesregierung (16/4666) auf eine Anfrage der Linksfraktion: Die rechtlichen Voraussetzungen zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer, die keine EU-Bürger sind, seien weitgehend geklärt. Erforderlich sei dafür eine Verfassungsänderung. Das Grundgesetz lasse es ist nicht zu, durch ein einfaches Gesetz Angehörigen aus Drittstaaten das aktive oder passive Wahlrecht für Kommunalwahlen einzuräumen. Das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger habe man damals auch durch eine Grundgesetzänderung beschlossen (wozu es allerdings Druck durch die EU gab). Angesichts der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat könne eine entsprechende Gesetzesinitiative nur im parteiübergreifenden Konsens beschlossen werden. Dies sei gegenwärtig aus Sicht der Regierung aber „nicht absehbar“.

2006 wurden mehr als 13.000 Menschen abgeschoben

Heute im Bundestag, 2.4. alk. Im vergangenen Jahr sind insgesamt 13.060 Menschen auf dem Luftweg aus Deutschland abgeschoben worden. Dazu kamen 829 Abschiebungen auf dem Landweg und fünf auf dem Seeweg. Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/4724) auf eine Kleine Anfrage der Linken (16/4523) mit. Am häufigsten wurden dabei Menschen nach Serbien und Montenegro (1.884 Fälle) und in die Türkei (1.834 Fälle) abgeschoben, gefolgt von Vietnam (929 Fälle), Rumänien (732 Fälle) und Bulgarien

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

(569 Fälle). In den meisten Fällen erfolgten die Abschiebungen vom Flughafen Frankfurt am Main aus. Insgesamt gab es 713 Zurückschiebungen und 3.807 Zurückweisungen an Flughäfen.

Fragen der Linksfraktion, wie viele der Abgeschobenen Asylbewerber, Kinder oder über 60-Jährige waren, beantwortet die Regierung mit dem Verweis darauf nicht, dass es dazu keine statistischen Erhebungen gebe.

In insgesamt drei Fällen habe die Abschiebung aufgrund des Widerstands der Betroffenen nur durch die Anwendung körperlicher Gewalt oder durch Fesselung durchgesetzt werden können. Darüber, wie viele Abschiebungen aufgrund von Widerstand oder medizinischer Bedenken abgebrochen wurden, macht die Regierung ebenfalls keine Angaben. Dem Bund seien für die Sicherheitsbegleitung bei Rückführungen im vergangenen Jahr Kosten von insgesamt 8,9 Millionen Euro entstanden. In Bezug auf die weiteren Kosten, die im Zusammenhang mit Abschiebungen entstanden sind, verweist die Regierung auf die Zuständigkeit der Länder.

Wirtschaftsstudie bestätigt: Kinderzahl ist bei Gläubigen höher.

FAZ, 27.3. *rst.* Einer (noch unveröffentlichten) wirtschaftsethischen Studie „Ora et labora“ des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln zufolge „haben religiöse Menschen im weltweiten Durchschnitt 2,1 und nichtreligiöse 1,6 Kinder. Überzeugte Atheisten begnügten sich mit 1,5 Kindern.“ Wer religiös erzogen werde, habe durchschnittlich ein Drittel mehr Nachwuchs als andere Personen. Das treffe auch auf das Beten zu: „Wer häufig betet, hat in Deutschland durchschnittlich 2 Kinder. Wer nie betet, hingegen nur 1,3 Kinder.“ Ähnlich seien die Zusammenhänge in anderen Ländern. Neben der Politik misst die Studie daher den Kirchen eine große Bedeutung für die Familienförderung bei. „Je häufiger der Kirchenbesuch, desto größer der Kindersegen“, schreibt der Autor D. Enste. Er hat 260 000 Interviews in 82 Ländern ausgewertet, die zwischen 1981 und 2004 für den World Value Survey geführt wurden. Muslime bekommen in der ganzen Welt im Durchschnitt 2,3 Kinder, Christen beider Konfessionen und Buddhisten 2 Kinder, Nichtgebundene nur 1,5 Kinder. Der Autor stellt den Zusammenhang her zwischen traditionellen Milieus mit weniger Gestaltungsräumen, dort herrsche eine tiefere Religiosität bei den Frauen. Andersherum seien in der modernen, weniger vom Glauben geprägten Umgebung die Wahlmöglichkeit größer, so dass sich viele Frauen statt für die Geburt eines Kindes für einen Beruf entscheiden.



Die Stadt Hasankeyf würde nach Fertigstellung des Staudamms im Wasser des angestauten Tigris versinken und damit auch zahlreiche Kulturschätze.

Kreditgarantie für Kulturvernichtung und Vertreibung

Isku, 27.3. *alk.* Am 24. März bewilligte der Interministerielle Ausschuss für die Gewährung von staatlichen Exportkrediten (IMA) eine Hermesbürgschaft für den deutschen Exportanteil für das geplante Wasserkraftwerk in der Türkei. Das Gesamtvolumen des Auftrags umfasst 1,2 Milliarden Euro. Die deutsche Bundesregierung deckt einen Anteil von 93,5 von insgesamt 450 Millionen Euro für den Bau von drei Umleitungstunneln und drei Drucktollen durch die Stuttgarter Ed Züblin AG. Hinzu kommt eine Rückversicherung von rund 100 Millionen Euro für deutsche Zulieferungen an den österreichischen Konsortialpartner Andritz AG. Auch die österreichische Regierung bewilligte entsprechende Bürgschaften. Aus den kurdisch besiedelten Gebieten der Türkei gibt es Proteste. Ercan Ayboga von der Initiative zur Rettung von Hasankeyf schreibt: „Diese Entscheidung der beiden Länder hat uns, die Vertreter von 72 Organisationen aus den betroffenen Gebieten, sehr entsetzt. Durch den Ilisu-Staudamm wird die über 10.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf am Tigris, die unter Denkmalschutz steht und von Experten zum Weltkulturerbe gezählt wird, für immer in den Fluten eines gewaltigen Stausees versenkt. Darüber hinaus führt der Staudamm zu einem gewaltigen ökologischen Desaster und zur Vertreibung von mindestens 55.000 Menschen. Deutschland und Österreich argumentieren, die Türkei hätte sich nun zu Maßnahmen verpflichtet, die weit über die bisher bei Staudamm-

projekten geübte Praxis hinausgehen. Dem müssen wir entschieden widersprechen: Wir, die von dem Staudamm betroffenen Menschen, wurden über das Bauvorhaben kaum informiert. Unsere Anfragen und Gesprächsangebote wurden nicht beantwortet. Im Gegenteil: Der Gouverneur der Provinz Mardin hat Staudammkritiker sogar zu Helfern von Terroristen erklärt. Gegen diese Verleumdung haben wir Anzeige erstattet. Man will die wichtigsten vorhandenen Kulturschätze im antiken Hasankeyf abbauen und in einem neu geschaffenen Kulturpark wieder aufbauen. Damit sollen sie angeblich gerettet werden. Wir bewerten die nur als Augenwischerei. Namhafte Wissenschaftler aus der Türkei und Europa erklären, dass ein solches Vorhaben technisch unmöglich sei. Die Bauwerke bestehen im Innern aus Bindemittel und nicht aus Steinen. Sie können daher nicht transportiert werden. Und wie will man beispielsweise Teile der Felsenburg, die vom Wasser überflutet werden sollen, retten? Wie will man die einzigartigen 6000 Höhlen versetzen? Wir sehen daher in der Entscheidung der Regierungen aus Deutschland und Österreich einen ungeheuerlichen Akt der Vernichtung eines unersetzlichen Weltkulturerbes. Einzigartige Dokumente unserer Geschichte und unserer Kultur werden für immer zerstört. Dagegen wehren wir uns. Wir appellieren noch einmal an Deutschland und Österreich, an alle Menschen, Wissenschaftler und Politiker in Europa und der ganzen Welt: Unternehmen Sie alles, damit dieses unverantwortliche Staudammprojekt doch noch gestoppt wird!“

Der „Vorsorgende Sozialstaat“ – das „Neue Leitbild“ der SPD

Anfang Januar verabschiedete der Vorstand der SPD, publikumswirksam zum Auftakt des Bürgerschaftswahlkampfes geplant, den „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm*, der seitdem in der Partei diskutiert wird. Über den umfangreichen Text will der Parteivorstand eine Mitgliederbefragung durchführen, das soll die derzeit 563.000 Mitglieder der SPD „aktivieren“. Es werde sich, so der SPD Generalsekretär Hubertus Heil, um ein Meinungsbild zu einzelnen Themen handeln. Der Beschluss über das neue Programm ist für einen Parteitag vom 26. bis 28. Oktober in Hamburg geplant. Seine Leitidee ist der „vorsorgende Sozialstaat“.

Wer spricht hier?

Die SPD hat einen ungewöhnlich glatt formulierten Text geliefert, der am meisten dem Bewerbungsschreiben eines Aspiranten auf höchste Staatsfunktionen gleicht. Der Text ist an Leute gerichtet, die sich vom Staat etwas erwarten. Die Partei stellt sich dem Publikum vor als Vereinigung jetzt oder künftig amtierender Staatsfunktionäre, mit der breiten Brust derjenigen, die den Schlüssel zum Vorhof des Paradieses in der Tasche oder doch auf jeden Fall et-

was zu gewähren haben. Obwohl ein Parteiprogramm notwendig von der Handhabung der Staatseinrichtungen handeln muss, steckt in dieser Besetzung der Sprecherrolle eine Verengung.

In älteren Programmen der SPD, aber auch anderer linker Parteien, sind nämlich durchaus die Stimmen anderer Subjekte zu hören, der Lohnabhängigen, die ausgebeutet werden, Bürgerinnen und Bürger, die staatliche Repression beklagen, der Friedfertigen, die sich zur Finanzierung von Kriegen oder sogar zum Dienst gezwungen sehen.

Von der Warte des höheren Staatsbeamten aus geht es der SPD in diesem Text darum darzulegen, wie sie jedem das seine nicht lassen, sondern: zukommen lassen will.

Der „Vorsorgende Sozialstaat“

Mit diesem neuen Leitbild ihrer Sozialpolitik verlegt die SPD das Zentrum der Gesellschaft in den Staat. Er (der Staat), ist es, der „die Menschen befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern“. Eingewöhnte Herrschaftsverhältnisse fallen nicht auf. Stünde stattdessen geschrieben: Er (der Ehemann) ist es, der die Frau befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, würde die Tragwei-

te dieser Denkfigur ganz anders ins Auge stechen. Doch zurück zum Staatswesen. Bekanntlich muss der Staat finanziert werden. Durch die Leistung von Steuern, Abgaben und Diensten „befähigen“ die Bürger sich wechselseitig. Der Staat ist das Medium der Vermittlung, er treibt die Steuer ein und gibt die Leistungen aus (oder in Auftrag). Da die Leistungen entsprechend politischem Beschluss verteilt werden, erscheint der Staat als Geber und Gnadenspende. Der zugrundeliegende Tatbestand mitbürgerlicher Hilfe drängt sich der Wahrnehmung nicht auf. Dementsprechend gerät aus dem Blick, dass Finanzierung, Struktur und Umfang dieser Leistungen eine Angelegenheit der Demokratie sind.

Die Verkehrung der Zusammenhänge beruht nicht etwa auf Unwissenheit oder darauf, dass die Frage strittig wäre. Die Einsicht, dass alles Staatswesen auf der Kooperation der Bürgerinnen und Bürger beruht und zur Diktatur verkommt, wo es sich aus diesem Zusammenhang losreißt, ist vielfach formuliert. Hier wird versucht, eine wahltechnisch günstige Konstellation zu schaffen. Denn es ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass unter den gegebenen Umständen eine politische Mehrheit im Parlament etwas für ihre Wählerinnen und Wähler tun kann. Die bestechende Logik der Versprechungen hat aber einen Pferdefuß, sprichwörtlich: Versprochen ist gebrochen.

Jede Störung der gesellschaftlichen Kooperation erscheint in dieser Logik als gebrochenes Versprechen der Mehr-

Dokumentiert:

Neues Leitbild

Das Leitbild unserer Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert ist der Vorsorgende Sozialstaat. Er befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, indem er aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt stellt. Er fördert Existenzsichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel und begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik. Er fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Er verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Er entlässt nicht aus der Verantwortung für das eigene Leben.

Präventive und in Menschen investierende Sozialpolitik trägt zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme bei. Zugleich sichert der Vorsorgende Sozialstaat die großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit solidarisch ab und garantiert die Altersvorsorge. Angesichts der veränderten

Erwerbs- und Arbeitsbiografien wollen wir unsere sozialen Sicherungssysteme so weiterentwickeln, dass sie für die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsphasen Sicherheit gewährleisten. Je erfolgreicher die Vorsorge wirkt, desto gezielter kann der Sozialstaat denjenigen helfen, die besonderer Unterstützung bedürfen. Dabei überwindet der Vorsorgende Sozialstaat gängiges Ressortdenken.

Wir verstehen die soziale Integration aller Menschen in die Gesellschaft als die übergeordnete Aufgabe des Vorsorgenden Sozialstaates. Dafür sind viele Politikfelder miteinander zu vernetzen und frühzeitige Vorsorge zu organisieren. Schon im Berliner Programm hieß es: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“ In diesem Sinn gehören zum Vorsorgenden Sozialstaat, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik, eine vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen, die faire Regulierung von Arbeit sowie eine zeitgemäße Politik der Integration von Einwanderern. Dabei hängen die Ergebnisse auf den einzelnen Politik-

feldern davon ab, wie gut es gelingt, sie aufeinander zu beziehen und miteinander zu vernetzen.

Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit
Der Vorsorgende Sozialstaat verfolgt die drei zentralen Ziele der Emanzipation, der Teilhabe und der Sicherheit.

Emanzipation ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben aller Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen wollen ihr eigenes Leben frei und selbstbestimmt gestalten können. Die Befreiung von Zwängen, die sich aus Herkunft und überkommenen Vorstellungen ergeben, war bereits das große Versprechen der Aufklärung und schon immer zentrales Ziel der Sozialdemokratie.

Teilhabe an den sozialen Gütern der Bildung, der Existenz sichern der Arbeit und der Gesundheit muss allen Menschen unabhängig von sozialer Herkunft, Alter oder Geschlecht von Anfang an und immer wieder aufs Neue offen stehen. Dies gilt besonders für Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können: für Arbeitslose, Kranke, Pflegebedürftige, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, aber auch für diejenigen, die ihrerseits pflegen und

heit, der Verweis auf politische und ökonomische Verwerfungen als Ausrede.

„Emanzipation“: Wo der Staat als Spender von Freude und Glück ausgemalt werden soll, geht das Ziel der Emanzipation in die Brüche. Es wird in dem diskutierten Text skandalös auf die „Befreiung von Zwängen, die sich aus Herkunft und überkommenen Vorstellungen ergeben“, reduziert. Die Auseinandersetzung mit der Tendenz des Staates zur Bevormundung der Bürger, die ihn tragen, wird weggeblendet, und das ist eine Delegitimation kritischen Denkens.

„Teilhabe“: Beim Angebot staatlicher Leistungen geht es offenbar um Berechtigung und Bemessung, um das Wersoll-wieviel-unter-welchen-Bedingungen-Erhalten. Der Begriff der Teilhabe ist in dieser Hinsicht äußerst elastisch. Teil hatte auch der verlorene Sohn der biblischen Geschichte, der sich mit den Hunden um die Brocken balgte, die vom Tische der Reichen fielen. Das ist eine beabsichtigte Ungenauigkeit an einer Stelle, an der die Konkretisierung der Ansprüche auf soziale Leistungen vorzunehmen wäre.

„Sicherheit“: Grundlage von Sicherheit, so heißt es zur Definition, seien nicht nur Arbeit, materielle Güter und Rechtsansprüche, sondern auch individuell erworbene kulturelle und soziale Kompetenzen. Mit einer solchen Charakterisierung wird – vom Staat aus gesehen – keineswegs ein Sicherheitsversprechen abgegeben, es wird vielmehr eingegrenzt. Auf jeden Fall wird hier gezielt eine Absicherung von Risiken durch die

Allgemeinheit mit einer Minimierung von Risiken durch individuelles Handeln vermischt.

Problem des „Vorsorgenden Sozialstaates“

Mit der eingeschlagenen Richtung verfehlt die SPD ein entscheidend wichtiges Ziel. Da staatliche Leistungen ins heutige Leben der Wirtschaft oder der Familien unverzichtbar einfließen, kommt die Staatsorganisation, die über Umfang und Struktur dieser Leistungen beschließt, in eine starke Stellung gegenüber den einzelnen Menschen. Sie können dem Gebrauch dieser Einrichtungen nicht ausweichen. Wer die Einrichtungen von Bildung, Schule und Erziehung besucht, wird von diesen Einrichtungen geprägt werden. Der Mensch wird zum Objekt von Verwaltungsakten. Auf breiter Front steht ein Kampf um die unmittelbare und wenigsten teilweise Vergesellschaftung solcher Einrichtungen an. Ein Bewusstsein dieser Aufgabe schimmert in dem Text des Programmentwurfs hier und da durch.

Die Grundstruktur des Textes läuft jedoch darauf hinaus, das Gefühl der Abhängigkeit vom Staatswesen zu schärfen, die Abhängigkeit des Staates von den Bürgerinnen und Bürgern herunterzuspielen und sich als eine Sorte von Staatsfunktionären, die Wünschen der Bürgerinnen und Bürger entgegenkommt, wählbar zu machen.

Martin Fochler

*) http://eintreten.spd.de/servlet/PB/show/1700699/bremer_entwurf_navigierbar.pdf

Kinder erziehen.

Sicherheit bedeutet nicht nur den Schutz der Menschen vor existentieller Not, vor elementaren Lebensrisiken und vor Diskriminierung. Vielmehr schafft Sicherheit auch die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Grundlagen von Sicherheit sind nicht nur Arbeit, materielle Güter und Rechtsansprüche, sondern auch individuell erworbene kulturelle und soziale Kompetenzen.

Damit wir diese Ziele in unserer Zeit erreichen können, muss der Vorsorgende Sozialstaat verstärkt am Bürgerstatus und weniger stark am Erwerbsstatus anknüpfen. Wir werden die Teilhabe der Menschen so früh wie irgend möglich fördern sowie Bildung und Erziehung unserer Kinder in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Dafür bedarf es der besseren Qualifizierung, Förderung und gesellschaftlichen Wertschätzung derjenigen, die in öffentlichen Einrichtungen wie den Kindertagesstätten, Schulen oder Tagespflegestellen wirken.

Wir brauchen mehr und bessere soziale Dienstleistungen und Einrichtungen. Diese können vom Staat, den Freien

Wohlfahrtsverbänden, aber auch in privater Initiative bereitgestellt werden. Dabei sichern staatlich gesetzte Rahmenbedingungen die Qualität sowie den freien und gleichen Zugang für alle.

Gerechtigkeit und Solidarität sind die Prinzipien der Finanzierung unseres Sozialstaates. Die einseitige Belastung der abhängig Beschäftigten bei der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ist weder sozial gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll. Auch weiterhin werden die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen die zentrale Säule unseres Sozialstaates bleiben. Wir wollen die Finanzierungsgrundlage der sozialen Sicherungssysteme weiter stärken und die paritätisch finanzierten Beiträge durch eine höhere und nachhaltige gesicherte Steuerfinanzierung ergänzen. Dabei gilt für uns die Regel: Der Anteil der Beiträge muss sinken, und der Anteil der Steuern muss steigen, um eine gerechtere, ergiebigere und nachhaltigere Finanzierung des Sozialstaates zu ermöglichen.

Teilhabeanspruch und das Recht auf Selbstbestimmung bestehen unabhängig vom Geschlecht, vom Lebensalter oder einer Behinderung.

Kinderbetreuung

Unternehmerisch gedacht

Die Familienministerin von der Leyen habe die volle Unterstützung der Kanzlerin beim Projekt bis 2013 für ein Drittel der Kinder bis zu drei Jahren außerfamiliäre Betreuung anzubieten. Das Projekt stammt aus strategischen Überlegungen: Wenn die Wirtschaft der Bundesrepublik in den nächsten Jahrzehnten auf dem Weltmarkt Chancen haben soll, dann als Ausrüster und Maschinenbauer für die nachholenden Industrienationen im Osten Europas und in Asien. Das Bildungswesen liefert aber zu wenig geeignete Arbeitskräfte, um in diesem Sektor dauerhaft konkurrenzfähige Produkte liefern zu können. Zu wenige Schüler erreichen die entsprechenden Abschlüsse, und die Zahl derjenigen, die sich für Naturwissenschaft und Technik interessieren, ist zu gering. Die neueren pädagogischen Erkenntnisse sagen – verkürzt zusammengefasst – übereinstimmend, dass Bildungserfolge in den ersten Lebensjahren festgelegt werden und dass vielfältigere Anregungen nötig sind, als sie die Erziehung im (Klein-)Familienrahmen bieten kann.

Dieses strategische Interesse reicht aus, dass sowohl ideologische als auch handfeste finanzielle Einwände gegen den Ausbau der Kinderbetreuung von der CDU-Ministerin und der Kanzlerin beiseite geschoben werden. Der sogenannte Kinderkrippengipfel war entsprechend angelegt, um Widerstände zu minimieren. Erstmals waren zu einer bedeutenden Aushandlung im komplizierten Geflecht von Bundes- und Länderezuständigkeiten die Vertreter der Gemeinden direkt eingeladen. Die Kommunen schließlich sind es, die den Ausbau der Kinderbetreuung im wesentlichen umsetzen müssen, und ihre Erfahrungen waren bislang: andere schaffen an, wir zahlen. Hier scheint sich nicht nur der Stil zu ändern.

Auch wenn bei diesem Treffen noch keine Finanzierung abgemacht wurde (das soll folgen), waren die Vertreter der Kommunen zufrieden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund berichtet positiv angetan: „Familienministerin von der Leyen erklärte auf dem Gipfel, dass sie sich für eine Beteiligung des Bundes an der Finanzierung einsetzen werde.“

Die kaum erörterten Fragen sind: welche Qualität werden die Angebote an Kinderbetreuung haben? Was wird gegen die extreme Selektion von Migrantenkindern und Kindern aus armen Familien geschehen? Wie geht es danach in der Schule weiter? Denn dass die immer weniger passt, wenn die Kinder tatsächlich mit größerer Lust am Lernen kommen, steht fest. *Alfred Küstler*

Gefährlicher Zwischenfall

Am 2. April haben die USA mit der Nimitz einen weiteren Flugzeugträger in die Golfregion entsandt. Dort haben sie bereits zwei Flugzeugträgerverbände sowie weitere mit Lenkraketen ausgestattete Kriegsschiffe stationiert. Gerade in diesen Tagen führen sie ein Großmanöver vor der Küste Irans durch. Auch die iranische Marine hat Ende März ein Großmanöver begonnen.

Die Nimitz soll einer offiziellen Verlautbarung zufolge die US-Operationen in Irak und Afghanistan unterstützen. In Bagdad hat die Besatzungsmacht Anfang Februar eine Großoffensive mit 90.000 US- und irakischen Soldaten gestartet. Anfängliche Behauptungen, mit dieser Offensive die Kontrolle erringen und die Befriedung der Iraks erreichen zu können, sind verstummt. In keinem Monat zuvor kamen im Irak so viele Menschen zu Tode wie im März 2007.

Auch in Afghanistan hat die Nato eine Offensive gestartet, die bald von den sechs Tornados der Bundeswehr unterstützt wird. Die Nato gibt sich entschlossen, die Taliban vernichtend zu schlagen. Umgekehrt haben diese angekündigt, Afghanistan zu einem „Friedhof für amerikanische Soldaten“ zu machen. Man sei für lang anhaltende Kämpfe gerüstet und verfüge über Tausende von Selbstmordattentäter im ganzen Land.

Beiden Offensiven gibt der Aufmarsch der US-Kriegsflotte im Golf Rückendeckung, auch als Drohung an die Nachbarstaaten, die Aufständischen nicht zu unterstützen. Im direkten Konflikt mit dem Iran eskalieren die USA weiter.

Die Gerüchte über einen bevorstehenden Angriff der USA auf Iran nahmen in den letzten Tagen so zu, dass es unmöglich ist, gesicherte Tatsachen und wüste Spekulationen auseinander zu halten. Der russische Geheimdienst lässt am 30.3. wissen, die USA hätten ihre Vorbereitungen für Raketen- und Bombenangriffe abgeschlossen. Auch westliche Militärexperten sprechen davon, dass der Truppenaufmarsch zumindest für Luftangriffe auf ausgewählte Ziele im Iran ausreichend ist. Russische Zeitungen weisen unter Berufung auf Militärexperten auf eine unmittelbar bevorstehende Militäraktion. Andere Berichte wollen wissen, dass etliche Botschaften Evakuierungspläne ausgearbeitet hätten. Fest steht, dass der UN-Sicherheitsrat neue Sanktionen gegen Iran – Waffenembargo, Einfrieren von Auslandsgeldern und Reisebeschränkungen – beschlossen und eine Frist von 60 Tagen zur Einstellung der Urananreicherung gesetzt hat.

In dieser höchst angespannten Situa-

tion kann sich ein Konflikt wie der um die Festnahme der 15 britischen Soldaten durch den Iran zum Sprengsatz entwickeln. Der „Zwischenfall“ weckt nicht zufällig Erinnerungen an den „Tonkin-Zwischenfall“ im August 1964, der der US-Regierung zur Legitimation des Angriffs auf Nordvietnam und der Entsendung von Truppen nach Vietnam diente. Gegenwärtig (3.4.) sieht es so aus, als könnten sich in Iran und Großbritannien die Kräfte durchsetzen, die eine diplomatische Lösung anstreben. Aber sicher ist das nicht. Anders als aus den deutschen Medien zu erfahren, stellt der österreichische „Standard“ (2.4.) die britische Version des Vorfalls unter Berufung auf westliche Experten für maritimes Recht in Frage: Die Karte mit eingezeichnetem Grenzverlauf, die Großbritannien vorgelegt habe und die beweisen solle, dass sich die Soldaten in irakischen Hoheitsgewässern befunden hätte, sei illegitim, weil es keine Übereinkunft über den Grenzverlauf gibt; falls die Angaben korrekt seien, hätten sich die Soldaten näher am iranischen als am irakischen Festland befunden. Der Kasseler Friedensratschlag weist darauf hin, dass Großbritannien im Sinne der Beachtung und Stärkung internationalen Rechts den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag hätte anrufen können.

Die Militarisierung der Außenpolitik folgt ihrer eigenen Eskalationslogik. Sie baut Drohkulissen auf, destabilisiert und schafft Fakten, die neue Drohungen und schließlich Gewalt auslösen. In einem ähnlichen Sinn äußerte sich vor einigen Tagen auch der Leiter des israelischen Militärgeschichtsdienstes, Yadlin. Er berichtete dem israelischen Kabinett, dass sich Iran, Syrien und die Hisbollah auf einen Krieg vorbereiten, weil sie mit einem Angriff der USA im Sommer rechnen und Verteidigungsmaßnahmen vorbereiten. Iran und Syrien gingen davon aus, dass auch Israel am Angriff beteiligt sein werde. Man müsse, so Yadlin, die Entwicklungen genau beobachten, schließlich könne aufgrund der vielen Beteiligten ein Krieg ausbrechen, ohne dass dieser wirklich gewünscht werde.

Die einzige Alternative ist die Rückkehr zu einer zivilen Außenpolitik. Der Friedensratschlag „appelliert an die Regierenden in Teheran und London, den Weg der friedlichen Erledigung dieses Streitfalls zu gehen und den IGH anzurufen“. Von der EU und der deutschen Präsidentschaft sei zu erwarten, dass sie die Streitparteien auf ihre internationalen Verpflichtungen hinweisen, statt einseitig Teheran zu verurteilen und London „Solidarität“ zu erweisen.

Notwendig ist eine groß angelegte Verweigerungskampagne, die den Militaristen die Mittel streitig macht. Da lässt sich, wie der folgende Bericht zeigt, einiges von der US-Friedensbewegung lernen. *Christiane Schneider*

von Ron Jacobs*

Beim Thema radikale politische Aktion denkt man normalerweise an Städte wie San Francisco, Chicago oder New York. Der amerikanische Süden und Nordwesten springen einem nicht automatisch ins Auge. Dabei verfügen die Apfel- und Waldgärten des amerikanischen Nordwestens – wo die Bäume in Reih und Glied stehen –, über ein reiches Erbe an radikalem Arbeiterprotest. Man denke nur an den Generalstreik von Seattle 1919, ganz zu schweigen von den Aktionen der ‚Black Panther Party‘ (Abteilung) Seattle oder der ‚Seattle Liberation Front‘ in den 60er und 70er Jahren. Was den Süden der USA angeht, so denkt man eher an radikal rechtsgerichtete Politik – gegen Schwarze und gegen die Arbeiterbewegung. Aber auch hier findet sich im selben Maße der Kontrast, das Gegenteil. So startete Martin Luther King Jr. seine Kampagne des radikalen gewaltlosen Widerstandes vom Süden aus. Im amerikanischen Süden begannen die Schüler-sit-ins (Kampagnen gegen die Segregation an öffentlichen Einrichtungen), im Süden konfrontierten Robert Williams und seine bewaffneten afroamerikanischen Mitstreiter die rassistisch-gewalttätigen Nachtgestalten des Klu-Klux-Klan, die Klansmänner in ihren weiß-blauen Kutten.

Beim Thema Radikalität wird auch der Mittlere Westen der USA gerne übersehen – ein Umstand, der auf geschichtlicher Blindheit beruht, denn während des Vietnamkrieges fanden einige der radikalsten und massivsten Proteste gegen den Krieg in Madison/Wisconsin statt. Oder man denke nur an die (ersten) Studenten des SDS (Students for a Democratic Society); die Geschichte dieser Bewegung der ‚direkten Aktion‘ zeigt, dass die wichtigsten studentischen Vertreter dieser Form des gewaltlosen Widerstandes von Colleges im Mittleren Westen kamen:

Ann Arbor (MI), Kent (Ohio) oder Grinnell (Iowa), um nur einige Namen zu nennen. Warum? Vielleicht, weil die Wut wuchs, als man sah, dass Amerika nicht das war, was es zu sein vorgab? Ein zweiter möglicher Grund könnte sein, dass arbeitende Menschen praktisch denken, sie wollen die Dinge anpacken und erledigen, nicht reden. Vielleicht war es eine Kombination aus beiden Faktoren, vielleicht spielten weitere Faktoren mit eine Rolle.

Der Nordwesten zeigt uns, wo's langgeht

Am 5. März 2007 wurden in Tacoma, im Bundesstaat Washington, mehrere Personen von Polizisten attackiert. Mindestens drei Personen wurden verhaftet. Zuvor war es zu einer Serie von Protesten gekommen. Diese richteten sich

Nur mit erheblicher Verspätung konnte am 14. März ein Militärschiff mit Ausrüstung für eine Kampf Einheit im Irak den Hafen Tacoma im Bundesstaat Washington verlassen. Zwölf Tage lang hatten Hunderte von Menschen die Verschiffung der Militärausrüstung blockiert, die Polizei veranschlagt die Kosten der Aktion auf 500.000 Dollar. 37 Demonstranten wurden festgenommen, allein 23 am Sonntag, dem 11. März, darunter auch einer der neun Mitglieder des

City Councils, des Gemeinderats, der die 200.000-Einwohner-Stadt regiert. Tacoma ist der sechstgrößte Containerhafen der USA und für die gesamte Region von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Der Hafen ist ein unabhängiger Betrieb der Stadt Tacoma unter Kontrolle einer von den Einwohnern Tacomas direkt gewählten Kommission. Auch das gehört zum Hintergrund der Aktion, von dem der im Folgenden dokumentierte, dem Z-Net entnommene

Artikel berichtet: Die Berufung auf Interessen der jeweiligen Gemeinden spielt bei der Bewegung gegen den Irak-Krieg in den USA eine außerordentlich große Rolle.

Im Mai letzten Jahre hatte eine ähnliche wochenlange Blockadeaktion des benachbarten Hafens Olympia stattgefunden. Der Prozess, von dem in dem Artikel die Rede ist, wurde am 29. März, dem vierten Verhandlungstag, abgebrochen und wird neu aufgerollt. (Red.)

An Amerikas pazifischer Nordwestküste konfrontieren Menschen die Kriegsmaschinerie

gegen die Verschiffung von Rüstungsgütern im Hafen von Tacoma. Warum die Polizei angriff und Leute verhaftete, war, laut Augenzeugen, nicht ersichtlich. Zeugen sagten gegenüber der Presse, die Demonstranten hätten lediglich Schilder hochgehalten. Ich unterhielt mich mit Jeff Berryhill aus Olympia (Washington). Er und zwei weitere Personen (Wally Cudderford und Caitlin Esworthy) wurden verhaftet. Berryhill sagte mir, er hätte ein Schild „mit der Aufschrift ‚Courage to Resist.org‘ hochgehalten“, dann wäre er von einem Gummigeschoss der Polizei getroffen worden. („Courage to Resist“, Mut zum Widerstand, ist eine Organisation, die Militärdienstverweigerer unterstützt). Kurz darauf hätte ihn ein Projektil der Polizei in den Oberschenkel getroffen. Das alles geschah am 5. März, einige Stunden vor Einbruch der Morgendämmerung. Der ungewöhnliche Zeitpunkt der Verhaftungen (die Proteste hatten schon am Vorabend begonnen) hing anscheinend mit der Tatsache zusammen, dass die eigentlichen Verladearbeiten erst nach Mitternacht begannen. Die ganze letzte Woche über fanden Abend für Abend Proteste statt. Bis Freitag, den 9. März, kam es zu keinen weiteren Verhaftungen. Am Freitag wurde eine Frau verhaftet, weil sie einen Rucksack in eine Zone getragen hatte, in der dies nicht erlaubt war. Der Protest vom Freitag war der massivste dieser Woche. Die Polizei reagierte mit Tränengas, Schockgranaten und anderen Mitteln polizeilicher Aggression. Unter den Demonstranten war auch die Anwältin Lynne Stewart. Nach ihrer sehr fragwürdigen Verurteilung in Zusammenhang mit Terrorismus-Vorwürfen ist sie mittlerweile auf Kautions frei.

Erinnern wir uns: Im Mai vergangenen Jahres fanden im Hafen von Olympia vergleichbare Proteste statt. Olympia liegt circa 30 Meilen südlich von Tacoma. Bei den Mai-Protesten wurden Dutzende Personen verhaftet, es gab



Olympia. Rund um das ganze Hafengebiet stellten sich Hunderte im Mai 2006 den gepanzerten Fahrzeugen in den Weg, um ihre Verschiffung zu verhindern.

mehrere Verletzte. Anscheinend sah sich das Militär veranlasst, seine Verladeoperationen nach Tacoma zu verlagern. Zweiundzwanzig Demonstranten – die so genannten ‚Olympia 22‘ – müssen sich vor Gericht verantworten. Ihr Prozess beginnt am 26. März. Der zuständige

Richter verweigert ihnen die erforderliche Verteidigung. Wie im ersten Verfahren gegen den Kriegsdienstverweigerer Leutnant Ehren Watada möchte auch dieser Richter das Thema ‚Krieg‘ am liebsten ausklammern.

Das offizielle Militär zögert mit einer



klaren Antwort auf die Frage, warum die Verladearbeiten im Hafen von Olympia seit den Mai-Protesten gestoppt wurden. Allein die Tatsache, dass sie nach Tacoma verlegt wurden, spricht allerdings Bände.

Sämtliche Antikriegsgruppen des Nordwestens solidarisieren sich mit den Protesten von Tacoma. Ihre Solidarität ist konstant und eindeutig und reicht von der pazifistischen Organisation ‚Fellowship of Reconciliation‘ bis zu den Sponsoren der direkten Aktion im Hafen von Tacoma und der PMR (Port Militarization Resistance) – danke. Die Aktion von Tacoma wird zudem unterstützt von ‚Vets for Peace‘, dem ‚Olympia Movement for Justice and Peace‘, den Washingtoner Grünen, ‚Iraq Veterans Against the War‘ und anderen. Solidarität ist wichtig – angesichts der Versuche von Staat und Medien, aus gutem Protest miesen Krawall zu machen. In Hinblick auf die Aktionen der später verhafteten bzw. angeschossenen Demonstranten ließ die Zeitung Tacoma News Tribune den vor Ort zuständigen Polizeioffizier wie folgt kommentieren: Den Demonstranten „wurde gesagt, sie könnten demonstrieren, solange sie sich an die Regeln halten, zum Beispiel keine Straßen oder Gehsteige blockieren oder die Polizeilinie überschreiten“.

Anschließend wurde ein Militäroffizier mit den Worten zitiert, er habe nur sichergehen wollen, dass die Waffen für diesen brutalen Krieg „so sicher wie möglich“ verladen werden.

Ich frage Jeff Berryhill, warum sich die PMR an den ‚direkten Aktionen‘ (in den Häfen) beteiligt hat. Er sagt: „Ich glaube, dass unsere Strategie – sich darauf zu konzentrieren, die Verwicklung der eigenen Gemeinde in die Eskalation und Fortführung des Krieges – zu beenden, eine von vielen Strategieansätzen ist. Es gibt offensichtlich andere wertvolle Methoden, die gleichfalls weitergeführt werden sollten. Uns geht es um die direkte Demonstration gegenüber den Soldaten, wir wollen, dass diese Soldaten sicher in der Heimat bleiben. Auch traditionelle Ansätze wie Lobbyarbeit, Briefe und normale Märsche werden immer wieder angewendet – mit unterschiedlichem Erfolg. Aber wir wollten die Sache ein wenig unkonventioneller angehen. Dadurch haben wir ziemlich viel Öffentlichkeit erreicht und das ernsthafte Interesse der Communities für Frieden und Gerechtigkeit erregt.“ Ich frage Berryhill weiter, wie er sich die Reaktion der Soldaten auf der anderen Seite der (Polizei-)Linie vorstellt, wie diese Reaktion seiner Meinung nach aussehen sollte. Er antwortet: „Zudem ist wichtig, dass die Soldaten Zeugen polizeilicher Repression gegenüber einer demokratischen Versammlung werden. Viele sind ja (in die Streitkräfte) eingetreten, um die Ideale und Standards von Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Wenn diese Dingen den Bürgern im eigenen Land verwehrt werden, belegt dies die Kluft zwischen der Rhetorik der politisch Verantwortlichen und der Realität, mit der wir es zu tun haben.“

Überall in Amerika gibt es – große und kleine – Gemeinden, die eine Rolle spie-

len beim Versuch Washingtons, das irakische und afghanische Volk militärisch zu unterdrücken. Vielleicht gibt es auch in Ihrer Nähe eine Militärbasis, einen Posten oder einen Rüstungsbetrieb. Vielleicht hat an Ihrem Wohnort ein Unternehmen seinen Sitz, das in die Verschleppung und Folter von Gefangenen in US-Gewahrsam verwickelt ist. Es ist eine Tatsache, dass es in ganz Amerika kaum eine Stadt gibt, die nicht von den blutigen Tentakeln des militärisch-industriellen Komplexes erfasst wird. Wir haben es mit einem Stück ökonomischer Wirklichkeit zu tun. Diese Realität zeigt uns einerseits, dass wir in gewisser Weise mitschuldig sind an der Zerstörung und dem Blutvergießen im Irak und in Afghanistan und andererseits, dass jede(r) von uns die Möglichkeit hat, diese Verwicklungen aufzuzeigen und (hoffentlich) dagegen anzugehen – egal, wo wir wohnen.

(Die Stadt Tacoma hat die Anzeigen gegen die drei Verhafteten vom Montagmorgen übrigens zurückgezogen. Ursprünglich lauteten die Anzeigen auf Widerstand gegen einen Polizeibeamten in minderschwerem Fall, third degree, so Jeff Berryhill.)

Der Staatsanwaltschaft von Tacoma gelang es nicht, einen glaubwürdigen Fall zu basteln, also ließ sie „die Anzeige rasch fallen“. Ein Student, der die Proteste am Dienstag mit seiner Videokamera festgehalten hatte, wurde von einem Polizisten aus Tacoma aufgefordert, die Kamera abzuschalten. Als er dies nicht sofort tat, wurde er verhaftet. Auch er wurde später ohne Anzeige freigelassen.

Dokumentiert aus: ZNet 14.3.2007

* Ron Jacobs ist Autor des Buches ‚The Way the Wind Blew: A History of the Weather Underground‘; demnächst erscheint von ihm die Novelle ‚Short Order Frame Up‘ (Mainstay Press)



Tacoma. Festnahme des Ratsherrn, der sich an der Blockade beteiligt hatte. (Bild Indymedia Portland)



Hunderttausende Menschen feierten in Kurdistan und der Türkei das Newrozfest am 21. März. Die größte Feier fand wie jedes Jahr in Diyarbakir mit mindestens einer halben Million Menschen statt (links), in Van kamen 250.000, in Batman 150.000 Menschen. In allen größeren kurdischen Städten der Türkei kamen Zehntausende zu den Veranstaltungen der DTP, so in der 50.000 Einwohner zählenden Stadt Sirnak 20.000, in Urfa 25.000, Agri 25.000, Mardin 30.000 usw. Auch in den türkischen Metropolen feierten Zehntausende. Die Demonstranten forderten in allen Städten: Demokratie oder gar nichts! Die Staatsanwaltschaft von Diyarbakir leitete direkt nach der Veranstaltung gegen den Vorsitzenden der DTP Ahmet Türk und gegen die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana ein Verfahren ein. Ahmet Türk hatte in seiner Rede den inhaftierten Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, mit „Herr Öcalan“ an-

gesprochen. Zana hatte in ihrer Rede von „drei Kurdenführern“ gesprochen: Celal Talabani, der irakische Staatspräsident, Mesut Barzani und Abdullah Öcalan. Auf und nach den Veranstaltungen wurden 170 Personen festgenommen, darunter 30 DTP-Funktionäre. Unter den Festgenommenen ist auch Sirri Sakik vom Vorstand der DTP. Ihm wird vorgeworfen, auf der Newroz-Veranstaltung in Istanbul Propaganda für eine verbotene Organisation gemacht zu haben. Gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der DTP Medemi Kirici und den Kreisvorsitzenden von Erzincan, Hüseyin Bektaşoglu wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil auch sie in ihren Reden von „Herrn Öcalan“ gesprochen hatten.

Demonstrationen von zumeist Jugendlichen in Istanbul (Bild rechts),



Diyarbakir, Kars (unten) und anderen Städten wurden teilweise mit brutalem Polizeieinsatz aufgelöst.

Im Vorfeld des Festes wurde der Bürgermeister von Hakkari, Metin Tekce, zu einer siebenjährigen Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in der PKK verurteilt worden. Er hatte erklärt, er sei Kurde und die PKK sei in seinen Augen nicht terroristisch. Bereits Tage zuvor hatten die türkische Polizei und Jand-

arma rund 100 Funktionäre der prokurdischen DTP verhaftet, die Tageszeitung Gündem verboten, die neue Tageszeitung Yasanda Gündem bei der Auslieferung beschlagnahmten und die Druckerei schließen lassen.

Einen Tag vor Newroz drangen türkische Truppenverbände erneut über die türkisch-irakische Grenze nach Südkurdistan ein. *rub*

Ägypten: Totenschein für Verfassung

Das Parlament hat die von Präsident Mubarak eingebrachte Verfassungsänderung abgesegnet. Die Möglichkeit, die 34 Abänderungen einzeln zu diskutieren, bestand nicht. Die Änderungen bedeuten unter der Fahne der „Terrorbekämpfung“ die weitgehende Ermächtigung des Präsidenten bzw. des Polizei- und Militärapparates. So wurde der Weg freigemacht für ein „Antiterrorgesetz“ und der Rahmen für weitgehende Eingriffe in Freiheits- und Bürgerrechte geschaffen. Die Verfassungsänderungen räumen der Polizei mehr Befugnisse ein, legalisieren Abhören und Kontrolle privater telefonischer, brieflicher und Internetkommunikation; der Präsident erhält das Recht, verdächtige Personen unter Umgehung ordentlicher Gerichte vor Sonder- und Militärgerichte zu stellen. Die Opposition aus Muslimbruderschaft und aus linken und liberalen Gruppierungen spricht von letzten

Schritten hin zum Polizeistaat und forderte zum Boykott des Referendums am 4.4. auf. Die Polizei löste mehrere Protestdemonstrationen auf und verhaftete zahlreiche Teilnehmer. (ND, 22.3.)

Großeinsatz im Kosovo-Protektorat

Die EU bereitet den „größte zivile Krisenmanagement-Einsatz aller Zeiten“ vor, um die „Unabhängigkeit“ Kosovos abzusichern. Sie will dem EU-Außenbeauftragten Solana zufolge zwischen 1300 und 1500 Polizisten, Staatsanwälte und Zollbeamte entsenden. Noch allerdings ist der Bär nicht erlegt. Nach 13-monatigen ergebnislosen Verhandlungen mit Serbien und Kosovo-Albanern hatte UN-Vermittler Ahtisaari dem Sicherheitsrat Ende März die Unabhängigkeit der serbischen Provinz unter starker internationaler Überwachung vorgeschlagen. Russland schlug derweil eine Reise des Sicherheitsrats nach Belgrad und Pristina vor, um sich

ein Bild von der Lage „vor Ort“ zu machen. Bisher lehnt Russland den Vorschlag Ahtisaaris ab. (ND, 29.3.)

Lettland und Russland unterzeichnen Grenzabkommen

Nach zehnjährigen Verhandlungen haben die Regierungen beider Länder einen Grenzvertrag unterzeichnet, der auch die EU-Außengrenzen festlegt. Der Vertrag kam zustande, nachdem Lettland auf eine umstrittene Formulierung verzichtete, in der es weitere Gebietsansprüche geltend machte. Mehrfach waren Vertragsentwürfe bereits unterschriftsreif bzw. unterschrieben, dann aber durch eine nachträgliche Zusatzerklärung des lettischen Parlaments noch geplatzt. Auch jetzt verzichtet Lettland nicht auf Gebietsansprüche, klammert aber die strittige Frage aus. Das Parlament muss den Vertrag jedoch noch ratifizieren. (DW, 27.3.)

Zusammenstellung: scc

LÜBECK. Das Bündnis „Wir können sie stoppen“ bewertet die Anti-Nazi-Demo am 31.3. als Teilerfolg für die antifaschistische Bewegung in Lübeck. In der Erklärung heißt es: „Wir konnten gegenüber dem Vorjahr deutlich mehr Menschen mobilisieren. Nach unseren Zählungen haben sich 4.800 Menschen an der Kundgebung auf dem Markt beteiligt. Spaltungsversuche im Vorfeld und Panikmache vor Gewalt haben damit eine verdiente Abfuhr erhalten. Erwartungsgemäß haben sich alle, die unserem Aufruf gefolgt sind, äußerst besonnen an der friedlichen Demonstration beteiligt. Der massive Protest in der Innenstadt führte dazu, dass die Nazis nicht ihre ursprünglich auf dem Kohlmarkt geplante Kundgebung abhalten konnten, sondern unge-



hört in der unteren Holstenstraße stehen bleiben mussten. Unser Ziel war es eigentlich, den Nazis keinen einzigen Meter der Innenstadt zu überlassen. Dies ist uns nicht gelungen. Für Stunden waren der Teile der Innenstadt für alle, außer PolizistInnen und Neonazis, gesperrt. Wir fragen uns, wo hier die Verhältnismäßigkeit gewahrt ist. Das Bündnis verurteilt insbesondere, dass es mindestens einmal im Bereich



Untertrave einen völlig unverhältnismäßigen und brutalen Schlagstock- und Reizgaseinsatz der Polizei gab. Die Teilnehmerzahl und Zusammensetzung des Nazi-Aufmarsches zeigen, dass auch in Schleswig-Holstein die Nazistrukturen fester und damit gefährlicher werden. Das stärkt unsere Entschlossenheit, unsere Arbeit als breites Bündnis fort zu setzen.“

www.hl-live.de

Netzwerk Zivilgesellschaft Anhalt (NZA) „Keine Stimme der NPD“

DESSAU. Das Netzwerk Zivilgesellschaft Anhalt hat am 9. März 2007 offiziell die Kampagne „Keine Stimme der NPD und anderen rechtsextremen Parteien – Für eine demokratische Gesellschaft!“ gestartet. Das NZA ist ein Zusammenschluss der Bündnisse für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus aus Dessau, Köthen und Zerbst, dass sich im Januar diesen Jahres unter der Schirmherrschaft Sachsen-Anhalts Justizministerin Dr. Gerlinde Kuppe gegründet hat. Bestandteil der Kampagne ist neben einer Postkartenaktion ein Wahlaufruf, in dem das NZA die Bürger und BürgerInnen Anhalts aufruft, am



22. April zur Wahl zu gehen und nicht für eine rechtsextreme Partei zu stimmen. Die neonazistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wird in den zukünftigen Landkreisen Anhalt-Bitterfeld und Salzland mit über 20 Kandidaten antreten. Damit kandidiert die NPD in allen Wahlbereichen. Die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) in Dessau-Roßlau tritt mit 6 Kandidaten an. Die kommenden Wochen wird das NZA dazu nutzen, in Köthen, Zerbst und Dessau verstärkt für die Kampagne zu werben und Unterschriften für den Wahlaufruf zu sammeln. www.projektgegenpart.org

Prozeßbeginn in Dessau gegen zwei Polizisten

DESSAU. Am 27. März wurde am Landgericht Dessau der Prozess gegen die Polizeibeamten Andreas S. und Hans-

Ulrich M. eröffnet. Ihnen wird „Körperverletzung mit Todesfolge“ bzw. die „fahrlässige Tötung“ des Asylbewerbers Oury Jalloh vorgeworfen, der am 7. Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Polizeizelle verbrannte. Die Angeklagten wiesen im ersten Prozessstag die Vorwürfe im Wesentlichen zurück. Für die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ bestehen Zweifel, ob es zu einer vollständigen Aufklärung der Todesumstände und zu einem gerechten Urteil kommen wird. Dass das Landgericht die Prozessöffnung erst über zwei Jahre nach Oury Jallohs Tod angesetzt hat, zeugt nicht vom Drang nach Aufklärung. Ein weiterer Grund ist, dass im Prozess die These der Staatsanwaltschaft unhinterfragt übernommen wurde, dass Oury Jalloh sich selbst angezündet hat. Nicht nur der Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Rolf Gössner, äußert seine Zweifel: Manches spräche für „Mord aus rassistischen Motiven“. Der Fall werfe mehr Fragen als Antworten auf. Gössner ist Teil einer internationalen Delegation von Rechtsanwälten, Menschenrechtsaktivisten und Betroffenen von Rassismus, die den Prozessverlauf verfolgen. Ein Urteil wird für Mitte Mai erwartet. www.umbruch-bildarchiv.de

Regierung hat noch immer keinen Plan gegen Rassismus

BERLIN. amnesty international (ai) und Aktioncourage – SOS Rassismus haben am 21. März, dem Welttag gegen Rassismus, die Bundesregierung aufgefordert, endlich einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus vorzulegen. „Angesichts des alarmierenden Anstiegs rassistischer und rechtsextrem motivierter Straftaten und einer steigenden Anzahl von Opfern rechter Gewalt ist es halbherzig, nur lokale und regionale Pilotprojekte zeitlich begrenzt zu fördern, während ein umfassendes und langfristiges Konzept gegen Rassismus fehlt“,

sagte Dorothee Haßkamp, Anti-Rassismus-Beauftragte von amnesty international. „Dieses peinliche Versäumnis geht nun bereits ins sechste Jahr.“ Ende 2001 hatte Deutschland zugesagt, „ohne Verzögerung“ eine nationale Strategie aufzustellen.

Auf europäischer Ebene hat ai die EU-Kommission, den Europäischen Rat und das Europäische Parlament aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Beendigung rassistischer Diskriminierung in Europa zu ergreifen. www.amnesty-eu.org

Irak-Flüchtlinge demonstrieren in München

MÜNCHEN. Etwa dreihundert Menschen, mehrheitlich IrakerInnen, setzten am Samstag, 31. März, mit einer Demonstration in München ein eindrucksvolles Zeichen gegen die Entrechtung irakischer Flüchtlinge in Bayern. Mit gutem Grund: Seit der Invasion der Besatzungstruppen 2003 wird anerkannten irakischen Flüchtlingen durch das Bundesamt der Asylstatus aberkannt, denen, die neu ankommen, wird das Asyl von vorneherein verweigert. Seit langem war es die erste Demo in München, bei der mehrere hundert IrakerInnen für ihre Rechte auf die Straße gehen. Entgegen der Spaltung entlang der Konfliktlinien von Ethnisierung und Religion, die durch den Krieg, das Besatzungsregime und die Nachwirkungen der Bathdiktatur vorangetrieben werden, haben Menschen aus allen Landesteilen des Irak, KurdInnen und AraberInnen, gezeigt, dass sie gemeinsam für ihre Würde und gegen ihre Entrechtung kämpfen wollen. In diesem Sinne wird es weitere Aktionen in Bayern geben: So beginnt am Samstag 19. Mai die bundesweite Karawanentour 2007 mit einer überregionalen Demo in Neuburg/Donau gegen die Entrechtung irakischer Flüchtlinge. <http://de.indymedia.org> Weitere Infos unter: <http://www.carava.net>

„Freiheit statt Angst“ – Demo gegen Sicherheits- und Überwachungswahn

FRANKFURT A.M. Bürgerrechtler rufen bundesweit zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die ausufernde Überwachung durch Staat und Wirtschaft auf. Am Samstag, den 14. April 2007 werden sie in Frankfurt am Main unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ auf die Straße gehen. Treffpunkt ist der Hauptbahnhof um 15 Uhr. Der Protestmarsch durch die Stadt wird mit einer Kundgebung vor der Paulskirche enden. Die Forderungen lauten: „1. *Weniger Überwachung!* Wir fordern: Keine Totalprotokollierung von Telefon, Handy und Internet (Vorratsdatenspeicherung), keine geheime Durchsuchung von Computern, Stopp der Videoüberwachung des öffentlichen Raums, keine automatische Gesichtskontrolle, Stopp von Biometrie und RFID-Chips in Ausweisen und Pässen, keine Aufzeichnung des Flugreiseverkehrs, kein automatischer Kfz-Kennzeichenabgleich auf öffentlichen Straßen. – 2. *Bestehende Überwachungsgesetze auf den Prüfstand stellen!* Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller seit 1968 beschlossenen Überwachungsgesetze auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen. – 3. *Stopp für neue Überwachungsgesetze!* Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.“

www.Freiheit-statt-Angst.de

BUKO 30: Macht#Netze

LEIPZIG. Vom 6. bis 9. April findet nun schon zum 30. mal der Kongress der „Bundeskooordination Internationalismus“ (BUKO) in Leipzig statt, der damit auf eine lange und wechselhafte Bewegungsgeschichte zurückblicken kann. In diesem Jahr steht der BUKO30 im engen inhaltlichen Bezug zum G8-Gipfel und zu den Protesten gegen ihn und beabsichtigt Perspektiven und Praxis miteinander zu verknüpfen. Dabei möchte er sich vor allem im Zuge der diesjährigen Großmobilisierung weitgehend ausgeblendete Themen (wie z.B. Feminismus und Antisemitismus) annehmen. Die inhaltlichen Knotenpunkte werden bisher unter den Arbeitstitel „Energie“, „Migration“, „Militarismus“, „Ökonomisierung und Privatisierung“ sowie „Geschlecht-Macht-Politik“, „Widerstand und Organisation“ und „unerwünschte Anschlüsse“ vorbereitet.

Infos unter: www.buko.info

663.000 Unterschriften für Ausstieg aus der Atomenergie

BRÜSSEL. „STOPPEURATOM!“ fordern AtomkraftgegnerInnen aus

Deutschland, Niederlande und Russland anlässlich von 50 Jahre EURATOM-Vertrag bei einer Protestaktion vor dem symbolträchtigen Atomium in Brüssel. „Wir fordern das Ende des anachronistischen EURATOM-Vertrages! Keine weiteren EU-Gelder für die Atomenergie!“, so Markus Pflüger von den südwestdeutschen Antiatominitiativen, einer der Initiatoren des Protestes in Brüssel. Im Europaparlament in Brüssel hatten sich die AtomkraftgegnerInnen am 22.3.07 zuvor bei einem Hearing zu EURATOM informiert: „Die Pro-Atomkraft-Ausgaben sind immens: Im 7. Rahmenforschungsprogramm erhält die Fusionsenergieforschung 1.947 Millionen Euro, Kernspaltung und Strahlenschutz 287 Millionen Euro. Der Nuklearbereich der Gemeinsamen Forschungsstelle wird mit 517 Millionen ausgestattet, das sind insgesamt 2.751 Millionen Euro, also eine Verdoppelung der aktuellen EURATOM-Gelder im Vergleich zu 1.352 im 6. Rahmenprogramm“, erläuterte Ursula Schönberger von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad.

www.tobias-pflueger.de/EURATOM/
<http://neckarwestheim.antiatom.net/>

Verwaltungsgericht lehnt Demogebühren ab

KARLSRUHE. Am 29. März 2007 wies das Karlsruher Verwaltungsgericht die Praxis der Stadt Pforzheim zurück, die Anmeldung von Demonstrationen mit hohen „Verwaltungsgebühren“ zu belegen. Dieses Vorgehen entbehre zumindest in Baden-Württemberg jeder juristischen Grundlage. Geklagt hatten zwei AnmelderInnen antifaschistischer Demonstrationen in Pforzheim, die Gebühren von bis zu 150 Euro bezahlen sollten. Mit diesem klaren Signal hat das Karlsruher Gericht sich deutlich gegen die Versuche zahlreicher Behörden positioniert, die Ausübung der Versammlungsfreiheit zu einer bezahlten Dienstleistung seitens der staatlichen Organe zu deklarieren. Tatsächlich hatte der Vertreter der Stadt Pforzheim die Gebühren mit dem Verwaltungsaufwand gerechtfertigt, der durch die Erstellung von Auflagen und die Anwesenheit der Polizeikräfte verursacht würde. Abgesehen davon, dass diese „Leistungen“ von den DemoanmelderInnen keineswegs gewünscht oder gefordert waren, sondern vielmehr seitens der Stadt zu dienten, die Möglichkeiten der Demonstration einzuschränken, wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit mit dieser Argumentation zur (Luxus-)Ware erklärt. In den letzten Jahren wurden politische Veranstaltungen zunehmend durch schikanöse Auflagen in ihrem Grundanliegen, öffentliches Gehör für ihre Forderungen zu finden, eingeschränkt. Der Versuch der Stadt Pforzheim, sich für derartige Sabotage-

aktionen gegen das Versammlungsrecht auch noch von den Betroffenen bezahlen zu lassen und zugleich die VeranstalterInnen von Demonstrationen auf finanziell besser gestellte Organisationen zu beschränken, kann nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts als gescheitert betrachtet werden.

Allerdings äußerten sich die Karlsruher Richter nicht grundsätzlich zu den verfassungsrechtlichen Bedenken gegen Demogebühren und schlossen eine Revision durch die beklagte Stadtverwaltung nicht aus. Zudem besteht in anderen Bundesländern wie z. B. in Bayern die rechtliche Grundlage für Demogebühren, was die Möglichkeit offenlässt, dass das Land Baden-Württemberg diesem schlechten Beispiel folgt. Dennoch muss das Urteil als klarer Sieg für die Versammlungsfreiheit gewertet werden. **Mathias Krause f. d. BV der Roten Hilfe e.V.**

Verbot der Heß-Aufmärsche in Wunsiedel bestätigt

MÜNCHEN. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) hat am 3. April 2007 die Verbote der neonazistischen Heß-Gedenkkundgebungen in Wunsiedel in den vergangenen beiden Jahren bestätigt. Ob die Heß-Demos auch in Zukunft verboten bleiben werden, wird in Karlsruhe entschieden. Seit 2001 waren jährlich im August Neonazis aus ganz Europa anlässlich des Todestages von Rudolf Heß zusammengekommen. Der Hamburger Neonazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger hatte im Vorhinein jährliche Veranstaltungen in Wunsiedel bis zum Jahr 2010 angemeldet. Zuletzt waren im Jahr 2004 um die 4.000 Rechtsextreme aufmarschiert; laut eigenen Angaben der Organisatoren waren es sogar 7.000 gewesen. In den folgenden beiden Jahren konnte das Landratsamt Wunsiedel den Aufmarsch mit dem am 1.4.2005 neu geschaffenen Absatz 4 des Strafrechts-Paragraphen 130 verbieten. Eilanträge der Veranstalter auf Zulassung der Heß-Feier wurden in den letzten beiden Jahren vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt. In dem Hauptsacheverfahren konnte sich das Landratsamt bereits vor dem Verwaltungsgericht Bayreuth durchsetzen. Am 3.4.07 bestätigte auch der BayVGH die Rechtsauffassung des Landratsamtes und wies die Berufung von Rieger zurück. Danach liegt bei der Neonazi-Veranstaltung eine Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft vor, durch die der öffentliche Friede in einer die Würde der Opfer des NS-Regimes verletzenden Weise gestört wird.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung ließ der BayVGH die Revision zum Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe zu.

redok. www.kommunikationssystem.de

In den PB 6/2007 berichteten wir über das Thema Köln / Bürgerhaushalt. Inzwischen gibt es in der Zeitung der Fraktion Die Linke.Köln Platzjabbeck Neues:

Köln plant Bürgerhaushalt. Interview mit dem Stadtkämmerer Peter-Michael Soénius

Herr Soénius, Sie haben beim Symposium im September 2006 deutlich gemacht, dass Sie die Erstellung eines Bürgerhaushaltes intensiv unterstützen wollen. Was sind Ihre Gründe?

Für mich ist der Bürgerhaushalt eine neue, sehr interessante Möglichkeit, mit dem Bürger in einen Dialog zu treten und über Aufgaben und Probleme in der Stadt zu diskutieren. Im Haushaltsplan einer Kommune sind alle kommunalen Aufgabenbereiche mit den entsprechenden Aufwendungen und Erträgen abgebildet. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten mit dem Bürgerhaushalt die Möglichkeit, ihre Anregungen und auch Wünsche an die Verantwortlichen in der Stadt weiterzugeben. Diese können dann bei ihren Entscheidungen die Vorschläge berücksichtigen, sie sind somit „näher dran“ an der Bürgerschaft. Zusammenfassend kann man sagen, mit dem Bürgerhaushalt sollen drei zentrale Ziele verfolgt werden:

- Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Diskussionsprozess und Verbesserung des Dialogs zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung
- Entscheidungshilfen für die Politik durch Bürgerkonsultation schaffen
- Transparenz für die Bürgerschaft über den Haushalt und die Finanzwirtschaft schaffen.

Der Beirat Bürgerhaushalt hat jetzt viermal getagt. Wir haben gehört, dass in diesen Tagen ein Fragebogen an ausgewählte Kölner Haushalte verschickt werden soll. Wie sieht der aus und was erhoffen Sie sich davon?

Es handelt sich bei diesem Fragebogen um eine repräsentative Vorabumfrage zur Vorbereitung des eigentlichen Bürgerhaushaltsverfahrens. Ziel dieser Befragung ist es zum einen, Erkenntnisse über die vom Bürger präferierten Möglichkeiten der aktiven Beteiligung zu erhalten (z. B. Internet, schriftliche Befragung, Bürgerversammlung), zum anderen aber auch die Themenbereiche zu erfragen, die für die Öffentlichkeit von besonderem Interesse sind.

Wir erhoffen uns von dieser Umfrage Erkenntnisse, die wir dann im originären Beteiligungsverfahren weiter verwenden bzw. auf denen wir aufbauen können.

Welche weiteren Zeitorstellungen haben Sie? Im Beirat wird derzeit über die Information der Bevölkerung diskutiert. Wie soll diese aussehen?

Die Vorabumfrage startet in Kürze, mit Ergebnissen rechnen wir im Frühsommer. Darauf aufbauend werden wir weitere Schritte erarbeiten. Derzeit ist geplant, die Information der Bürgerschaft unmittelbar nach der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2008 (voraussichtlich im September 2007) vorzunehmen. Als Informationsmedien sind ver-

schiedene Möglichkeiten denkbar, z. B. Broschüren, Flyer, Presseartikel, Internetauftritt etc.

Die konkrete Vorgehensweise für die Öffentlichkeitsarbeit wird derzeit mit dem Presse- und Informationsamt, also den Fachleuten für dieses Thema, diskutiert. An die Informationsphase schließt sich die sog. Dialogphase an, also die aktive Beteiligung der Kölner Bevölkerung. Später muss dann auch Rechenschaft gegenüber der Bevölkerung abgegeben werden. Dies kann allerdings zwangsläufig erst nach der Beschlussfassung des Rates über den Haushalt 2008 (ca. März/April 2008) erfolgen. Erst dann steht fest, in welchem Umfang die Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren vom Rat übernommen wurden.

Sie diskutieren auch über eine Internetplattform. Soll das die einzige Beteiligungsform sein oder sind weitere vorgesehen und welche sind das gegebenenfalls?

Die Erfahrungen in den anderen Städten haben gezeigt, dass die Beteiligungsmöglichkeit im Internet sehr stark genutzt wird, von daher wollen wir uns ebenfalls im Netz präsentieren und auch dort Abstimmungsmöglichkeiten sowie Dialoggrundlagen wie z. B. Diskussionsforen schaffen. Wir planen in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit einem auf diesem Gebiet erfahrenen Institut. Über die Beteiligung im Internet hinaus werden weitere Möglichkeiten wie z.B. schriftliche Fragebögen etc. angeboten. Derzeit wird auch über die Durchführung von Bürgerversammlungen diskutiert.

Worüber sollen die Bürger beim ersten Bürgerhaushalt in Köln abstimmen? Über die Leistungen der Bezirke oder über einzelne Produktgruppen?

Es besteht bei allen Beteiligten Einigkeit darüber, dass sowohl aus organisatorischen als auch aus dv-technischen Gründen eine Bereitstellung des gesamten Haushaltsspektrums als Diskussionsgrundlage im ersten Bürgerhaushaltsjahr nicht möglich sein wird. Es ist daher geplant, in Anlehnung an die Ergebnisse der Vorabumfrage ein bis zwei Teilbereiche des Haushaltes, für die das stärkste Interesse besteht, zur Diskussion zu stellen. Über diese Teilbereiche kann dann die Kölner Bevölkerung diskutieren. Eine Darstellung von Leistungen einzelner Bezirke ist aktuell nicht praktikabel, da sich das Leistungsspektrum der Bezirke über eine Vielzahl an Themenbereichen erstreckt. Hier kommt wieder meine Grundaussage zum Tragen, dass eine Bereitstellung eines großen Haushaltsspektrums derzeit noch nicht möglich ist. Wir danken Herrn Soénius für dieses Interview.

www.die-linke-koeln.de

Diakonie auf der Straße und im Streik

Für bessere Tarife

Der folgende Artikel wurde für die Zeitschrift „Alpha-Press“, die in Schwäbisch Hall erscheint, geschrieben und von den „Kommunalen Berichten Stuttgart (7/2007) um einige lokale Bezüge gekürzt.

Die hohen ethischen Grundsätze werden in den sozialen Einrichtungen des Wohlfahrtsverbandes der evangelischen Kirche auf dem Papier festgehalten. In der Realität sieht es schon lange anders aus: Seit 1992 sind die Pflegesätze durch die Kostenträger gedeckelt. Die Einrichtungsleitungen in allen Wohlfahrtsverbänden wuchern nicht mit dem Pfund der großen MitarbeiterInnenzahl (1,5 Mio. Menschen arbeiten dort), sondern ergeben sich der Macht des Wettbewerbes und des Marktes. Die Konsequenzen sind die systematische Absenkung beim Personal, um angeblich die Einrichtungen über Wasser zu halten. Vor Ort in den Einrichtungen gibt es mit der MitarbeiterInnenvertretung (MAV) eine Interessenvertretung, die durch ein eigenes Gesetz wesentlich schwächere Rechte wie BetriebsrätInnen und PersonalrätInnen hat. Hinzu kommt, dass ein politisches Bewusstsein der MAVlerInnen erst in den letzten Jahren gewachsen ist und verstärkte Kontakte zu gewerkschaftlichen Strukturen geknüpft werden.

Die Arbeitgeber orientieren sich seit vielen Jahren an der Wirtschaft und vollziehen dort Entwicklungen nach, die es dort schon länger gibt: Lohn-dumping durch „weltliche Tochterfirmen“ verdeutlichen, dass es mit den Leitbildern der Diakonie einer harmonischen Zusammenarbeit von „DienstnehmerInnen“ und „Dienstgebern“ schon lange vorbei. Es ist scheinbar entscheidend geworden, dass die „schwarze Null“ am Ende der Bilanz der Diakoniekonzerne steht.

In der Diakonie Württemberg gelten die Arbeitsvertragslinien, die in einer paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommission erarbeitet wird, die sich am bisherigen Bundesangestellten-tarif (BAT) der Kommunen orientiert hat. Abschlüsse zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und ÖTV/Verdi wurden weitestgehend abgeschrieben und Tariferhöhungen übernommen. Die Diakonie war Trittbrettfahrer und die diakonischen ArbeitnehmerInnen mussten nie dafür auf die Straße gehen, um Tariferhöhungen zu erhalten. Es war selbstverständlich, dass die Kollegin



aus dem Krankenhaus und der Kollege des Tiefbauamtes der Kommune Tage und Woche gestreikt haben, dass es einen Tarifaabschluss gibt. Seit wenigen Jahren gilt diese Systematik nicht mehr: Spätestens seit dem Abschluss des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (kurz TVöD) ist mit dem diakonischen Frieden vorbei.

Viele Diakoniekonzerne haben Bereiche wie Hauswirtschaft und Technik ausgegründet, um Lohndumping zu betreiben. Der Tendenzschutz der Kirche wird genützt, um die Löhne zu senken. Führende Konzerne haben sich in einem Arbeitgeberverband organisiert, dem Verband der Diakonischen Dienstgeber (VdDD). Dieser ist Mitglied in der BDA, dem Laden des Arbeitgeberbosses Dieter Hundt. Diese geben in der Diakonie in Württemberg den Ton an und setzten sich im letzten Spätherbst durch. Die Verhandlungen zur Übernahme des TVöD mit der Arbeitnehmerseite, der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk (www.agmav.diakonie-wuerttemberg.de) wurden auf die Spitze getrieben, indem man einen um 10% gesenkten TVöD wollte und gleichzeitig durch einen Antrag an die Synode der evangelischen Landeskirche Württemberg betriebliche Öffnungsklauseln durchzusetzen, um die ArbeitnehmervertreterInnen auf der Ebene des Diakonischen Werkes Württemberg (AGMAV) zu zerschlagen und kaputt zu machen. Dies konnten sich die ArbeitnehmerInnen nicht gefallen lassen: Bei einer Sitzung im Februar 2006 wurden 18 000 Unterschriften von MitarbeiterInnen an die Arbeitgeber zur Übernahme des TVöD übergeben. Der TVöD ist aus Sicht der Arbeitnehmer schon ein Kompromiss und in weiten Teilen bedeutet er für viele KollegInnen Absenkungen sofort oder bis Ende ihrer Arbeitsbiographie Lohnneinbußen.

Bei der ersten Beratung des Arbeitgeberantrages auf Lohnabsenkungen Ende November 2006 gab es Mahnwachen vor dem Tagungsgebäude der Landessynode. Alle Kontakte und Gespräche mit Synodalen wurden genutzt, um

die Position der Arbeitnehmerseite klarzumachen.

Warum geht es? Wichtigste Änderungen sind natürlich die betrieblichen Öffnungsklauseln zur Sicherung der Leistungsangebote und zur Auszahlung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld), das zur Hälfte von einem positiven Betriebsergebnis abhängig gemacht wird, in einer novellierten Bundesregelung, die wahlweise auf betrieblicher angewandt werden kann und erheblich unter TVöD-Niveau ist. Es soll gelten, weil sie angeblich die hohe Flexibilität dieses Arbeitsrechts unterstreichen. In Wirklichkeit ist es aber so, dass diese Öffnungsklauseln das betriebliche Risiko von den Trägern auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlagern. Während es in der gewerblichen Wirtschaft wenigstens noch ansatzweise eine Teilung des Risikos gibt, wird in der Diakonie das Risiko einer schlechten Auftragslage ausschließlich auf die Beschäftigten verlagert, da es keine klassischen Eigentümer gibt. Die Dienststellenleitung ist, wenn überhaupt, nur genauso betroffen, wie jeder einzelne Beschäftigte auch, da sie nicht die Eigentümer der Einrichtung sind, sondern nur in einer besonderen Stellung beschäftigt. Obwohl mit der neuen Regelung das Risiko in hohem Maße von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen werden muss, wird den Beschäftigten ein Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen verweigert. Volkstümlich ausgedrückt: „Den Braten essen die Andern, die Rechnung zahlen wir.“

Für die direkt betroffenen MitarbeiterInnen sind natürlich auch die abgesenkten Vergütungen eine Katastrophe. In der Diakonie Württemberg ist es der Arbeitnehmerseite bisher gelungen, die unsozialen Eingruppierungen für die Hauswirtschaft zu verhindern. In der neuen Bundesregelung sind die Minigehälter auf die Beschäftigten der Pflege und Betreuung ausgeweitet worden. In der untersten Entgeltstufe ist das Einkommen nicht mehr weit von der offiziellen Armutsgrenze entfernt. Wenn die Kollegin, (es handelt sich bei diesen Ein-

gruppierungen fast ausschließlich um Frauenarbeitsplätze) auch noch allein-erziehend ist, dann liegt das Familieneinkommen unter dieser Armutsgrenze. Ein diakonisches Arbeitsrecht, das arm macht, obwohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen vollen Arbeitsauftrag erfüllen, eine Entgeltordnung die noch unter der Vergütung nach den Hartz-IV-Gesetzen liegt, kann von der Arbeitnehmerseite nicht akzeptiert werden.

Es ist geradezu unerträglich, wenn die Fachabteilungen der Wohlfahrtsverbände ein Mindesteinkommen von 1.500 Euro fordern und gleichzeitig die Arbeitsrechtliche Kommission eine Entgeltgruppe 1 beschließt, in der gerade 1.300 Euro verdient werden.

Es war der Arbeitnehmerseite also klar, dass bei der abschließenden Beratung in der Landesynode am 16. März 2007 ein deutliches Zeichen auf der Straße zu setzen ist. Flugblätter und Plakate wurden in den Einrichtungen verteilt und am selbigen sonnigen Freitag gelang etwas, was kaum zu erwarten war: Mit Bussen (organisiert von der Gewerkschaft Verdi), der Bahn und S-Bahn fanden sich über 4500 Menschen aus allen Teilen von Württemberg in Stuttgart ein und zeigten ein Zeichen der Macht unter dem Titel: WIR! sind Diakonie – Lohnraub stoppen.

Es war ein buntes Bild von KollegInnen der Pflege und vor allem der massiv betroffenen KollegInnen aus Hauswirtschaft und Technik, viele junge KollegInnen von Heilerziehungs- und Altpflegeschulen waren kursweise bei der Demo dabei. Die RednerInnenliste war auch sehr bunt, von Kirchenleuten, Soliadressen von Personalräten der Stadt Stuttgart und des Uniklinikums Tübingen bis hin zur Hauptrednerin, der Verdi-Landesvorsitzenden Sybille Stamm. Was zum großen Erfolg des Tages beitrug, war die sehr enge Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Verdi.

Erster Arbeitskampf in kirchlichen Einrichtungen seit 1919

Der Landesbezirk Baden-Württemberg der Gewerkschaft Verdi hat die diakonischen Dienstgeber im Bezirk Stuttgart zu Tarifverhandlungen zur Übernahme des TVöD aufgerufen. Fast 400 Streikenden ist der größte Erfolg in der diakonischen Landschaft in der Bundesrepublik. Auch die Androhung drastischer arbeitsrechtlicher Konsequenzen konnte die Beschäftigten nicht davon abhalten, dieses demokratische Mittel des Arbeitskampfes anzuwenden, um ihrer Forderung nach Tarifverträgen Nachdruck zu verleihen. Am Freitag, 16. März waren erstmals seit 1919 Tausende von Beschäftigten der Einrichtungen der Diakonie Baden-Württemberg für einen Tag streiken. Zu diesem Streik hatte Verdi die Mitarbei-



→terInnen von sieben diakonischen Einrichtungen in Stuttgart und Umgebung aufgerufen. Diesem Streikaufruf hat sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW angeschlossen. Die Einrichtungen im Einzelnen: Evangelische Gesellschaft Stuttgart / Berufsbildungswerk Waiblingen / Diakonie Stetten / Stiftung Jugendhilfe Aktiv, Stuttgart / Behindertenhilfe Leonberg / Paulinenpflege Winnenden / Karlshöhe Ludwigsburg. Verdi hatte die Diakonie und eine Reihe von diakonischen Einrichtungen zu Verhandlungen aufgefordert, um Absenkungen zu verhindern und um das Tarifrecht des Öffentlichen Dienstes auch in der Diakonie anzuwenden. Eine Einrichtung hat mit Verdi Verhandlungen aufgenommen, alle anderen haben Verhandlungen kategorisch abgelehnt. Der Streik am 16. März 2007 ist der erste größere Arbeitskampf im kirchlichen Bereich seit 1919. Damals streikten die kirchlichen Friedhofsarbeiter in Hamburg und in Berlin um eine schnellere Anpassung ihrer Löhne und Gehälter an die galoppierende Inflation. Die Kirchenvorstände haben sich damals an die Gewerkschaft gewandt und um Tarifverträge gebeten, um die Streiks zu beenden. Heute will die Kirche von Verhandlungen nichts mehr wissen.

Nach diesem imposanten Vormittag mit Demo und Streik kam am Nachmittag die Ernüchterung in der Beratung und Beschlussfassung in der Synode: Es gab zunächst viele RednerInnen, die gegen die betrieblichen Öffnungsklauseln Position ergriffen. Ein Antrag auf Vertagung, um einer erneuten Verhandlungsrunde beider Lager zur Übernahme des TVöD, fand nur wenig Widerhall im Plenum. Skandalös war dann, den Antrag in geheimer Abstimmung zu verabschieden. Stehen doch im November 2007 Neuwahlen zur Landesynode an und es könnten ja MitarbeiterInnen diakonischer Einrichtungen mit lästigen Fragen nach dem Abstimmungsverhalten kommen.

Die Arbeitnehmerseite geht mit der großen Beteiligung der Demo und am Streik der Gewerkschaft Verdi gestärkt in die weiteren Konflikte mit den Arbeitgebern. KollegInnen aus der Diakonie müssen die Zeichen der Zeit erkennen und den wichtigsten Bündnispartner, die Gewerkschaft Verdi zu stärken: Jetzt Mitglied bei Verdi werden!

Bürgerentscheid scheitert am Quorum:

HEIDENHEIM. Der Ratsbeschluss, die städtischen Anteile an der Grundstücks- und Baugesellschaft Heidenheim (GBH) an die Fortress-Tochter Gagfah zu verkaufen, wird nicht aufgehoben: Ein entsprechender Bürgerentscheid schaffte nicht das Quorum von 25% der Wahlberechtigten. Gegen den Verkauf hatten am zweiten März-Sonntag zwar 7.249 Personen gestimmt – immerhin 75,58% der abgegebenen Stimmen. Doch um die Hürde zu überspringen, hätten knapp 1.700 weitere Verkaufsgegner den Weg in die Wahllokale finden müssen. Die Wahlbeteiligung lag bei 26,91%.

(www.kommunale-info.de)

Steuern erhöhen: **BOCHUM.** Um mehr finanziellen Handlungsspielraum für die Stadt zu erreichen, stellt die Linksfraktion.PDS zu den Haushaltsberatungen den Antrag, die Gewerbesteuer um zehn Prozentpunkte zu erhöhen. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ernst Lange: „Schon im vergangenen Jahr hatten wir den Antrag gestellt, den Hebesatz der Gewerbesteuer von 450% auf 460% zu erhöhen. Wenn wir dies jetzt erneut tun, dann nicht weil uns nichts Besseres einfällt, sondern weil wir unser Anliegen nach wie vor für richtig halten. Die Gewerbesteuer ist eine wesentliche Einnahmequelle der Stadt. Mit ihr hat sie einen Handlungsspielraum, um u.a. die Schulden zu reduzieren, aber auch, um dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen an Schulen durchzuführen. ... Unser Vorschlag ist auch nicht wirtschaftsfeindlich. Wird er angenommen, müsste ein Unternehmen mit einem Gewinn von 120.000 Euro im Jahr ca. 300 Euro mehr Steuern zahlen. Diese lächerliche Summe wird nicht zu einer Massenflucht in andere Städte führen. Im Gegenteil: Mit Mehreinnahmen hat Bochum die Möglichkeit, die Stadt z.B. durch bessere Schulen attraktiver werden zu lassen. Dies ist immer auch ein Pluspunkt für Unternehmensansiedlungen. Die anderen Fraktionen hatten ein Jahr Zeit, über unseren Vorschlag nachzudenken. Ich hoffe, sie werden diesmal ... zustimmen.“ Dies tat die Mehrheit von CDU und SPD Stadtrat jedoch nicht.

www.pds-ratsfraktion-bochum.de

Klage gegen Verkauf der Altenpflegeheime: **HANNOVER.** Das LINKSBÜNDNIS klagt vor dem Verwaltungsgericht Hannover gegen die Region Hannover, um den Beschluss zum Verkauf der Altenpflegeheime in Burgdorf, Laatzen und Springe-Altenhagen an ein privates Unternehmen aufzuheben. Die Regionsversammlung hatte die Privatisierung im nichtöffentlichen Teil der vergangenen Regionsversammlung gegen

die Stimmen des LINKSBÜNDNIS beschlossen. Entscheidende Informationen zur Beschlussvorlage erhielt das LINKSBÜNDNIS von der Verwaltung erst kurz vor der Sitzung. Um einen Vollzug der Entscheidung der Regionsversammlung zu verhindern, hat das LINKSBÜNDNIS gleichzeitig eine Einstweilige Anordnung gegen die Region Hannover beantragt. Ob sie in Kraft tritt, entscheidet das Verwaltungsgericht in den nächsten Tagen. Tritt dieser Fall ein, liegt der Verkauf der Pflegeheime bis zu einer Entscheidung auf Eis. „Die Verwaltung hat in einem unglaublichen Tempo den Verkaufsbeschluss durch die Gremien gepeitscht. Unter einer solchen Eile leidet die Qualität der kommunalen Demokratie“, stellt Leidecker fest. „Daher mussten hier die Reißleine ziehen. Wir rechnen uns gute Chancen aus, dass das Gericht unserer Klage stattgibt.“

www.sozialisten.de/politik/kommunal

NPD-Kundgebung am 21. April 2007:

ESSEN. In einem Brief an den Oberbürgermeister schlägt die Fraktion Die Linke./DKP/AUF eine gemeinsame Erklärung des Rates vor: „Die NPD ist zwar bisher nicht verboten worden, sie steht mit ihrem Programm und ihrer Strategie jedoch in der Tradition der NSDAP. NRW-Innenminister Ingo Wolf hat erst kürzlich vor der NPD gewarnt. Diese versucht momentan verstärkt sich kommunalpolitisch zu verankern. Sie will bei der Kommunalwahl 2009 in möglichst viele Rathäuser einziehen, um sie zu ihrer Tribüne für ihre menschenverachtenden und rassistischen Positionen umzufunktionieren. Landesinnenminister Ingo Wolf hat deshalb dazu aufgerufen, „den Rechtsextremismus ... auch auf der kommunalen Ebene (zu) bekämpfen“. Vor diesem Hintergrund erlauben wir uns Ihnen den Vorschlag zu machen, für die Ratsitzung am kommenden Mittwoch eine gemeinsame, tragfähige Erklärung des Rates der Stadt Essen gegen die NPD-Kundgebung vorzubereiten. Das wäre ein wichtiges Signal, dass die demokratischen Kräfte in Essen sich gegen die NPD stellen und deutlich machen, dass Neonazis in Essen nicht willkommen sind.“

www.dielinke-nrw.de/ratsarbeit

Gemeinsamer Antrag: **KÖLN.** Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.Köln beantragen gemeinsam die Einrichtung einer *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus beim NS-Dokumentationszentrum*. „Die Verwaltung soll unter Berücksichtigung folgender Maßgaben ein Umsetzungskonzept erstellen und dem Rat zu abschließenden Beschlussfassung zuleiten: 1. Schwerpunkt der o. a. Stelle soll die Präventionsarbeit ge-

genüber Kindern und Jugendlichen und in diesem Rahmen insbesondere die Unterstützung von Schulen, Jugendeinrichtungen und die Bereitstellung von Bildungs- und Informationsangeboten sein. 2. Weitere Aufgabe der o. a. Stelle soll die Unterstützung und der Aufbau eines Netzwerkes von Einrichtungen und Initiativen sein, das sich mit Aufklärungsaktivitäten gegen Rechtsextremismus und mit der Förderung eines demokratischen Bewusstseins beschäftigt. (...) Begründung: Rechtsextremismus bleibt weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Das zeigen nicht nur die auch für 2006 erschreckend hohen Zahlen rechtsextremer Straftaten. Neueste Studien weisen darauf hin, dass „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ – Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie und Ressentiments gegen Schwule, Behinderte und andere Gruppen – sowie demokratiefeindliche Einstellungen in Deutschland weit verbreitet sind. (...)“

www.dielinke-nrw.de/ratsarbeit

„Städtekoalition gegen Rassismus“ beitreten! FRANKFURT A.M. Anlässlich der am 21. März beginnenden „Internationalen Woche gegen Rassismus“ erklärt die Fraktion DIE LINKE.WASG im Römer: „... das Bekenntnis, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung nicht hinzunehmen, verpflichtet nicht nur die Zivilgesellschaft. Auch staatliche Institutionen und Gremien sind hier gefordert, eindeutig Flagge zu zeigen. „Es wäre ein gutes und notwendiges Signal, wenn die Stadt Frankfurt der „Städtekoalition gegen Rassismus“ beitreten würde“, so die Stadtverordnete Yildiz Köremezli-Erkiner, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.WASG im Römer. „Die Idee der von der UNESCO im Jahr 2004 initiierten Städtekoalition basiert auf der Erkenntnis, dass Diskriminierung und Ausgrenzung nur vor Ort entgegen getreten werden kann. Die Verantwortung für die Initiative in Europa hat die Stadt Nürnberg übernommen. Aus Deutschland sind mittlerweile neben Nürnberg noch Berlin, Halle, Pappenheim und Potsdam Mitglied im europäischen Netzwerk. Die Städte Köln und Erlangen haben angekündigt, der Städtekoalition beitreten zu wollen. Ein entsprechender Beschluss würde auch Frankfurt gut zu Gesicht stehen.“

www.dielinke.wasg-im-roemer.de

Linksfraktion für Bürgerbegehren: BRAUNSCHWEIG. Sehr erfreut ist die LINKE über das Bürgerbegehren gegen das Spaßbad an der Hamburger Straße, da hier das Konzept, welches die Linksfraktion entwickelt und im Rat zur Abstimmung gestellt hat, umgesetzt

werden soll. Dazu erklärt die planungsrechtliche Sprecherin der Linksfraktion, Gisela Ohnesorge: „Natürlich sind wir begeistert darüber, dass unser Konzept nun Grundlage eines Bürgerbegehrens ist. Und dass auch andere Parteien ihre vorherigen Positionen überdacht und erkannt haben, dass ein dezentrales Modell mit einem Bad im Westen der Stadt die beste und preiswerteste Lösung ist, freut uns natürlich auch.“ Nach Ansicht der LINKEN kommt es jetzt darauf an, dass alle, die für den Erhalt der bestehenden Bäder sind, und die Bädersituation im Westen Braunschweigs verbessern wollen, beim Bürgerbegehren mitmachen. Das sind natürlich alle Schwimmsportler, denen dezentrale Bäder wichtig sind, und auch die Eissportfreunde. Das sind aber auch die über 60.000 Braunschweiger aus den westlichen Stadtteilen, für die ein „Westbad“ eine große Bereicherung bedeuten würden.

<http://pds-bs.de>

Protest gegen Zwangsumzüge und Leistungskürzungen: BREMEN. Am 15. März sprengten 100 demonstrierende ALG II EmpfängerInnen eine Sitzung der Deputation für Soziales in Bremen. Die Sozialdeputation ist ein Parlamentsausschuss der bremischen Bürgerschaft. Diese beschließt u.a. die Verwaltungsanweisungen zu den Mietobergrenzen die in Bremen für EmpfängerInnen von ALG II, Sozialhilfe und Grundsicherung (100 000 Menschen in Bremen). Die Sozialsenatorin hatte vergeblich die Demonstrierenden aufgefordert den Saal zu verlassen und fünf Menschen zu benennen, die die Anliegen der Demonstrierenden vortragen sollten. Als die Anwesenden dies ablehnten und alle gemeinsam eine erneute Debatte über die Anhebung der Mietobergrenzen forderten, brach die Senatorin die Sitzung ab und die Mitglieder der Koalitionsparteien SPD und CDU verließen den Saal. Diese Deputationssitzung war bereits die dritte in Folge, die sich mit Demonstrationen von bis zu 130 Menschen konfrontiert sah. Auf den letzten Deputationssitzungen, zuletzt Anfang Februar, gelang es den Demonstrierenden den Parlamentsabgeordneten eine zweistündige Debatte aufzudrängen. An der Beschlusslage der Abgeordneten aus SPD und CDU, die die Landesregierung stellen, hat dies allerdings nichts ändern können. Die Demonstrierenden haben sich verabredet, auch die nächsten Sitzungen im monatlichen Rhythmus mit erneuten Demonstrationen und Kundgebungen zu besuchen. Darüber hinaus herrscht Einigkeit im Wahlkampf zur Bremischen Bürgerschaft massiv einzugreifen

www.tacheles.de
usammenstellung: ulj)

IPB Nr. 5/07 berichteten vom Verfassungsgerichtsurteil betreffend Ballungsraumzulagen. Hier ein Beitrag von ver.di München

Hochpreisregion München

Man kann darüber streiten, ob der Euro in der Hochpreisregion München 60 Cent, 70 Cent oder gar 80 Cent an Kaufkraft wert ist. Unbestreitbar ist, dass es ein Gefälle zwischen München und dem Land gibt.

Höchste Ausgabenposten in der Stadt sind zweifelsohne die Mieten und Mietnebenkosten. Diese fressen oft mehr als 40 Prozent des Einkommens auf. Mit der Familie essen gehen, ein Bummel über das Oktoberfest und ein Kinobesuch – Zeichen für Lebensqualität – sind für viele schon Luxus. Wenn das Bundesverfassungsgericht argumentativ den höheren Kosten die höhere Lebensqualität in der Stadt entgegenrechnet, ist das fast zynisch. Lebensqualität bemisst sich nicht daran, was man alles machen könnte, sondern danach, was man davon wirklich finanzieren kann.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 6. März 2007 die Verfassungsbeschwerde eines bayerischen Polizeibeamten aus München abgewiesen, der einen Ausgleich unterschiedlicher Lebenshaltungskosten durch das Besoldungsrecht erreichen wollte (...) Andererseits spricht sich das Gericht nicht gegen eine differenzierte Bezahlung je nach Region aus (...) Damit spielt das oberste Gericht den Ball ins Feld der Politik. Aufgabe des Gesetzgebers ist es, Lösungen zu finden, damit gute Lebensqualität überall finanzierbar ist. Das bedeutet aber: eine politisch gesteuerte Regionalpolitik, ein funktionierendes und günstiges Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und vor allem bezahlbare Wohnungen. Die Stadt und insbesondere der Staat müssen wieder Verantwortung für die Schaffung und Erhaltung sozialen Wohnraums wahrnehmen. Der Staat und auch die ehemaligen Postunternehmen haben in großem Umfang bezahlbare Wohnungen verkauft und sind mitverantwortlich für die Mietexplosion in München.

Auch die Gewerkschaften müssen sich dem Thema widmen. Der bisherige Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ funktioniert nicht mehr. Er muss ergänzt werden: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei gleichen Lebenshaltungskosten“. Ob das über die Tarif- und Besoldungspolitik realisiert werden soll, ist höchst umstritten. Die Gefahr, dass ein Zuschlag für die Beschäftigten in den Hochpreisregionen mit einem Abschlag bei den übrigen Beschäftigten finanziert wird, ist groß, die Angst der Beschäftigten dort auch nicht von der Hand zu weisen. Trotzdem gehört (das Thema) ganz oben auf die Tagesordnung und es müssen Lösungen erarbeitet werden.

ernst.edhofer@verdi.de

KollegInnen stoppen den Zug – erstmal

Schleswig-Holstein, zu 50 % Eigner der AKN Eisenbahn AG, will seine Anteile verkaufen und verzichtet damit auf Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten für den öffentlichen Nahverkehr im Süden seines Landes.

KALTENKIRCHEN. „Es ist doch etwas völlig normales, dass ein Aktienpaket verkauft wird!“, mit diesen flapsig-belehrenden Worten speiste der Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Dietrich Austermann, den Betriebsratsvorsitzenden der AKN Eisenbahngesellschaft AG, Thomas Bartossek, ab. Der hatte um eine Stellungnahme zu Gerüchten gebeten, Schleswig-Holstein und Hamburg wollten ihre Anteile an der AKN, der kleinen Regionalbahn im Süden Schleswig-Holsteins, verkaufen.

Dann ist es doch ebenso etwas Normales, dachten sich Betriebsrat und Gewerkschaften, wenn wir unser verbrieftes Recht gemäß Betriebsverfassungsgesetz wahrnehmen. Dann ist es doch ebenso etwas völlig Normales, wenn in den lokalen Medien Folgendes zu lesen und zu hören sein wird: „Die AKN Eisenbahngesellschaft hat ihren Betrieb zwischen Neumünster, Elmshorn und Hamburg am Mittwoch, 21. März 2007, wegen einer Betriebsversammlung zwischen 9 Uhr und 15 Uhr komplett eingestellt.“ Gegen den harten Widerstand des Managements setzten sie sich durch. Für die Kolleginnen und Kollegen im Dienstleistungsbereich eine tolle Leistung!

Tausende hatten an diesem Mittwoch keinen Anschluss, kamen zu spät zur Arbeit, verpassten ihre Termine. Grund genug für die lokalen Fernsehsender, ihre Kameras auf schimpfende Fahrgäste zu halten, statt die Fakten und den eigentlichen Skandal zu berichten: 350 Kolleginnen und Kollegen fürchten um ihren Job!

Besonders hatte bei ihnen für Aufregung gesorgt, dass ausgerechnet der potentielle Käufer, die Hamburger Hochbahn AG, in die Bücher der AKN für einen Prüfauftrag schauen durfte. Betriebsratsvorsitzender Bartossek:

„Steigt die Hochbahn ein, würden wohl Jobs verloren gehen.“

Leider gibt die politische Erfahrung den KollegInnen Recht; bei Firmenkäufen geht Rationalisierung um, „Synergien“ nennt der Neoliberale das, Arbeitsplätze und soziale Standards springen über die Klinge.

Die Betriebsversammlung

Etwa 300 Beschäftigte waren dann auch auf der Betriebsversammlung am 21. März 2007 in Kaltenkirchen anwesend. Der AKN-Vorstand, der sich zunächst in der Öffentlichkeit „überrascht“ über die Verkaufserüchte gab, trat dann gleich noch einmal auf die Belegschaft ein. Er stellte die laufenden Tarifverhandlungen in Frage: „Unter diesen Umständen können wir keine Tarifierhöhungen beschließen!“

Vielleicht hoffte er, den KollegInnen,

die so kämpferisch zu ihrer Betriebsversammlung geladen hatten, den Schneid abzukaufen.

Der Verkauf der AKN war bereits von der SPD-geführten rot-grünen Koalition untersucht worden. Als Begründung mussten die Löcher im Landeshaushalt herhalten. In einem Gutachten des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein heißt es bereits April 1996 deutlich: „Das Vorhalten einer Landesgesellschaft als besondere Daseinsvorsorge für den Großraum Hamburg zur Abwicklung dortiger Verkehre ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Erbringung von Verkehrsleistungen nicht mehr erforderlich. Eine Haushaltsentlastung ... könne möglicherweise durch einen Verkauf der AKN erreicht werden.“

Nun will endlich die Kieler Große Koalition von CDU und SPD gemeinsam die Sache zu Ende bringen.

Heiner Erling, zuständiger Sekretär der TRANSNET (Eisenbahner-Gewerkschaft), nennt Ross und Reiter. In einem Interview mit dem „Norderstedter Infoarchiv“ sagt er: „Es gibt seit längerer Zeit Diskussionen in Schleswig-Holstein, ob Anteile verkauft werden sollen. Schon Heide Simonis ließ dazu ein Gutachten erstellen, das seinerzeit aussagte: Grundsätzlich ja! Jetzt ist Hamburg auf die Idee gekommen, seine Anteile (an der AKN) an die Hochbahn abzugeben, damit haben wir jetzt zwei Anteile, die auf dem Markt sind. Und da schreit die Hochbahn: Hier, wir wollen die Anteile haben. Gerade bei der Hochbahn stellt sich uns allerdings die Frage, ob es nicht eher die BeNEX ist, die Interesse an einer Übernahme hat. BeNEX ist Tochter der Hochbahn und hält bereits Beteiligungen an verschiedenen anderen Bahnlinien, die AKN würde da hervorragend ins Bild passen. Der Hit daran ist, dass die BeNEX nur 51 % Beteiligung der Hochbahn haben wird, und da gibt es dann weltweit Interesse an den übrigen 49%. Diese privaten Interessenten hätten dann natürlich das Ziel, mit der AKN richtig Geld zu verdienen. Da sagen wir: Die AKN ist – so wie sie heute dasteht – eine Erfolgsgeschichte, die auch zuletzt wieder unglaublich viel Geld in Bahnhöfe und Streckennetz gesteckt hat ... Von den 15 bis 18 Millionen Euro Defizit der AKN sind alleine 13 Millionen Euro Zinsen für Investitionen in das Streckennetz, die eigentlich das Land tragen müsste. Da findet eine Umwälzung von Verbindlichkeiten des Landes auf die AKN statt. Höchstens 5 Millionen beträgt der eigene Verlust – ein Wert, der gemessen an anderen Eisenbahn-Gesellschaften



Die AKN – eine Erfolgsgeschichte des Öffentlichen Nahverkehrs

Seit ihrer Gründung im Jahre 1883 ist die AKN tatsächlich eine Erfolgsgeschichte des Öffentlichen Nahverkehrs: Die AKN gehört zur Hälfte Hamburg und zu 49,89 Prozent Schleswig-Holstein. Den Rest teilen sich die Stadt Quickborn und die Gemeinde Sülfeld.

Die AKN betreibt eine 117 Kilometer langes Schienennetz nördlich von Hamburg. Bei seiner Gründung am 9. Juli 1883 hieß das Unternehmen noch AKE (Altona-Kaltenkirchener Eisenbahn-Gesellschaft), am 8. September 1884 nahm die AKE ihren Betrieb zwischen Hamburg-Altona und Kaltenkirchen auf. Bereits 14 Jahre später wurde die Strecke bis nach Bad Bramstedt verlängert. 1916 fuhren die Züge bis nach Neumünster Süd, aus der AKE wurde die AKN (Eisenbahngesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster). 1965 verlängerte die S-Bahn ihre Strecke bis nach Hamburg-Eidelstedt, damit bestand eine durchgehende Schienenverbindung bis in die City von Hamburg.

1981 übernahm die AKN die Alsternordbahn und die EBO (Elmshorn-Barmstedt-Oldesloer Eisenbahn). Die Alsternordbahn (ANB) war 1953 zwischen dem Bahnhof Ochsenzoll in Hamburg-Langenhorn und Ulzburg-Süd, nördlich von Norderstedt, als eigenständige Nebenbahnstrecke eröffnet worden.



niedrig ausfällt.“ „Außerdem müssten ohnehin die Zinsen – etwa für die jüngsten Investitionen – getragen werden, auch alte Pensionslasten würden weiter vom Land gezahlt. Der Verkauf wäre also letztlich allenfalls ein Nullsummenspiel, das Vermögen aber ist dann weg, das Land kann kaum mehr Einfluss auf die Verkehrspolitik der AKN nehmen. Man muss beachten, daß die AKN heute der größte Eigenbetrieb des Landes ist.“

Die Braut wird „angehübscht“

Das zuständige Kieler Wirtschaftsministerium hat den Prüfauftrag erteilt zu untersuchen, wie durch Umstrukturierung und Einsparungen die AKN als Braut angehübscht werden kann, bevor sie gegen Bares an den Mann gebracht wird. Dass ausgerechnet ein Konkurrenzunternehmen diesen Prüfauftrag erhalten hat, empört den Betriebsrat besonders. Die Hamburger Hochbahn AG betreibt unter anderem in Hamburg die U-Bahn und große Teile des Busnetzes, ist aber zugleich im gesamten Bundesgebiet als Nahverkehrsunternehmen engagiert. Mehrfach trat sie bei Ausschreibungen als Konkurrent der AKN auf. Betriebsrat Bartossek: „Wenn die Konkurrenz in die Bücher sehen darf, wird man natürlich hellhörig.“ Wie sollen da auch gute Bedingungen ausgehandelt werden können?

Hochbahn-Chef Günter Elste, ein „bekennender Kaufinteressent“, so NDR 1 Welle Nord am 21.3.07, hatte schon mehrfach sein Interesse an der AKN bekundet. Elste will die AKN in ein norddeutsches Verkehrsunternehmen unter seiner Regie einpassen. Allerdings: Auch die Deutsche Bahn hat ein Auge auf die AKN geworfen.

Auf der so eindrucksvoll einberufenen Betriebsversammlung blieb die Zukunft der AKN Eisenbahn AG weiter unklar. Die Landesregierung, anwesend in Gestalt des Aufsichtsratsvorsitzenden Ministerialrat Knut Riedel, versuchte der Belegschaft Beruhigungspillen zu verabreichen. Das Ergebnis der Prüfungen über einen Verkauf der AKN sei offen, so der Herr aus Kiel. Es gebe noch keine Festlegungen.

Da war Minister Austermann einen Tag später in der Presse deutlicher. Der CDU-Politiker sagte in einem Zeitungsinterview mit dem „Hamburger Abendblatt“ vom 22. März 2007, dass mit der Hamburger Hochbahn Gespräche geführt worden seien, „die in Richtung Verkauf laufen.“ Die Hochbahn solle jetzt prüfen, ob sie bei der AKN einsteigen wolle.

Beschäftigungssicherung

Aber immerhin: Die KollegInnen nötigten dem Aufsichtsratsvorsitzenden in drängenden Nachfragen eine verbindliche Aussage ab. Er musste erklären: Kein Beschäftigter wird seinen Arbeitsplatz verlieren.

Ob so eine Zusage Bestand haben wird? Gewerkschaftssekretär Heiner Erling: „Wir haben ihn darauf festgelegt. Wenn ein Vertreter des Landes das auf einer großen Versammlung sagt, dann haben wir schon ein gewisses Vertrauen.“ *Karl-Helmut Lechner*

Quellen:

<http://www.transnet.org/>
<http://www.gdl-kaltenkirchen.de/>
<http://www.infoarchiv.org/>
 Hamburger Abendblatt und Norderstedter Zeitung
 Pressemeldung Transnet, 24.03.07
<http://landesrechnungshof-sh.de/>

Elektroindustrie fordert staatliche Zuschüsse für Strom sparende Geräte. FAZ, Mi. 21.3.07. Die Elektroindustrie nutzt die Klimadebatte, Zuschüsse für Stromspargeräte in Haushalt und Industrie zu verlangen. Schon jetzt ließe sich der jährliche Stromverbrauch des Bundeslandes Hessen einsparen, wenn Unternehmer und Konsumenten bei Beleuchtung, Kühlung und elektrischem Antrieb das jeweils energieeffizienteste Produkt einsetzen würden, so K.-L. Gutberlet vom Zentralverband Elektrotechnikindustrie. Der Verband schlug eine Steuergutschrift von 150 Euro vor für jene Haushalte, die alte Kühlschränke und TK-Truhen gegen stromeffizienteste Geräte (Klasse A++) tauschen. Damit könne man jährlich vier Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen.

Regierungskoalition kommt Wünschen des BDI in der Rohstoffpolitik nach.

BDI-Präsident J. Thumann lobte die Bereitschaft der Regierung, mit der Industrie eine Rohstoffstrategie zu erarbeiten. Letztlich blieben die Unternehmen zwar für die Sicherung ihrer Rohstoffe verantwortlich, so Thumann, doch hätten sich die internationalen Rahmenbedingungen zuletzt so stark geändert, dass man auf die Hilfe der Politik angewiesen sei. Schwellenländer wie China sorgten durch ihre Rohstoffnachfrage für steigende Preise. Sie sicherten sich mit staatlicher Unterstützung und unfairen Praktiken den langfristigen Zugang zu Rohstoffquellen. Die Bundeskanzlerin sagte Unterstützung für einen ungehinderten Zugang zu internationalen Rohstoffquellen zu. Zugleich mahnte sie die Unternehmen, mehr für die Sicherung ihrer Versorgung mit Bodenschätzen zu tun und ihre Bezugsquellen zu diversifizieren. Dazu könnten Beteiligungen und Zukäufe ausländischer Bergwerksunternehmen durchaus gehören.

BDI für völlige Privatisierung der Flugsicherung.

FAZ, Do. 29.3.07. Eine Verfassungsänderung, die die Privatisierung der Deutschen Flugsicherung ebnet, zielt die Regierungskoalition an. Der Bundespräsident hatte der Privatisierung der Flugsicherung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken die Zustimmung verweigert. Notwendig sei eine Beschränkung der im Grundgesetz beschriebenen Aufgaben auf den Kern der Flugsicherungsdienste und es habe sich eine Präferenz für das Verwaltungsmodell abgezeichnet, nach dem die Flugsicherung als staatliche Aufgabe erhalten bleibe und zugleich die Beleihung privater Unternehmen möglich werde, so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, U. Beckmeyer. Der BDI zieht dagegen das Dienstleistungsmodell vor, das eine echte Privatisierung ermöglicht.

Presseauswertung: rst

Lothar Bisky auf der Pressekonferenz im Karl-Liebknecht-Haus im Anschluss an die Sitzung des Parteivorstandes

Es gibt viele gute Gründe für eine neue Linke: Links bewegt: Die SPD sammelt Unterschriften für einen Mindestlohn, die Union denkt über Gemeinschaftsschulen und Krippenplätze nach, die SPD will kein neues Raketenabwehrsystem der USA in Europa.

Links widerspricht: Die gestern in Kraft getretene Gesundheitsreform ist ein Flickwerk, dass krank macht; das Vorhaben "Rente erst mit 67" ist nichts weiter als ein groß angelegtes Rentenkürzungsprogramm der Regierung; die heutige Entscheidung von Tornado-Kampfflugzeugen nach Afghanistan ist ein Fehler.

Links unterstützt: Gewerkschaften, Friedens- und soziale Bewegungen, ich denke da beispielsweise an die G8-Proteste, wir engagieren uns in der Partei der Europäischen Linken, in Friedens- und Sozialforen, linken Netzwerken wie NELF in Europa und auch weltweit und den Kampf gegen Rechtsextremismus.

Ehrlich gesagt, sehe ich keinen vernünftigen Grund, der gegen die Parteineugründung spricht.

DIE LINKE endet nicht da, wo wir herkommen. DIE LINKE hat die Chance, unsere und die Identität westdeutscher Linker weiterzuentwickeln und wirksamere Politik gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Kriegslöge zu machen.

Wichtig sind die Entscheidungen in Dortmund für mich auch in anderer Hinsicht: Wir haben die Parteineubildung auf Augenhöhe beschlossen, keine Einverleibung Ost durch West und erst recht nicht – wie es alle anderen Parteien vorgemacht haben – West durch Ost. Dazu ist Wichtiges im Statut und in der Finanzordnung festgehalten, dafür gibt es die notwendigen Übergangsregelungen.

Am 30. März hat die Urabstimmung begonnen. Ich stehe für den in Dortmund beschlossenen Verschmelzungsvertrag und werbe für die Zustimmung unserer Mitglieder zur politischen Gründung der neuen gesamtdeutschen linken Partei!

Um Sie und uns in Atem zu halten, hat der Parteivorstand heute beschlossen, die 3. Tagung des 10. Parteitages für den 15. Juni und den Gründungsparteitag für die Partei DIE LINKE für den 16. Juni nach Berlin einberufen.

Haben schon die zwei parallelen Parteitage in Dortmund mit einem Abstimmungsmarathon der Extraklasse über die Gründungsdokumente den Delegierten alles abverlangt, werden wir uns in Berlin auf einen Wahlmar-

athon begeben. Denn die Gründung der neuen Partei erfordert die Wahl eines neuen Parteivorstands. Am 15. Juni wählen Linkspartei.PDS und WASG getrennt jeweils 22 Kandidaten für den neuen Parteivorstand, am Gründungsparteitag wird dann der erste Vorstand der Partei DIE LINKE gewählt.

Damit ist die Parteineubildung aber noch nicht abgeschlossen. Dann geht die Arbeit erst richtig los. Eine neue, eine attraktive linke Partei erfordert mehr als Parteitagsbeschlüsse. Eine neue linke Partei muss ihre Alltags-tauglichkeit beweisen – in den Kommunen, in den Ländern, auf Bundesebene und auch durch eine europäische Politik, die die Bürgerinnen und Bürger anspricht, einbezieht und Interesse am europäischen Projekt weckt ...

Wenn in NRW eine linke Fraktion im Landtag ist, dann kann ich sagen, DIE LINKE ist in Deutschland angekommen, in Bayern vielleicht etwas später.

ZDF-Politbarometer: Deutliche Mehrheit für Mindestlöhne. SPD fällt zurück, Linke und Grüne legen zu

Branchenspezifische Mindestlöhne finden bei den Befragten des aktuellen ZDF-Politbarometer große Zustimmung: 70 Prozent sind dafür, den jeweils niedrigsten Tariflohn in einer Branche als Mindestlohn gesetzlich festzuschreiben. Andererseits sind 26 Prozent der Befragten gegen diese Regelung, vier Prozent haben dazu keine Meinung.

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden längerfristige Überzeugungen und Bindungen an die Parteien eine etwas größere Rolle spielen. Dies berücksichtigt die Politbarometer-Projektion: Die CDU/CSU käme danach unverändert auf 37 Prozent. Die SPD erreichte 31 Prozent (minus 1), die FDP erhielte neun Prozent, ebenso auf neun Prozent kämen die Grünen (beide unverändert). Die Linke.PDS verbesserte sich auf neun Prozent (plus 1). Die sonstigen Parteien zusammen lägen wieder bei fünf Prozent. Damit hätte, Dreierkoalitionen ausgenommen, weiterhin nur eine Koalition aus CDU/CSU und SPD eine Regierungsmehrheit.

Nach dem Parteitag ist vor dem Parteitag, von der Sitzung des Parteivorstandes am 2. April 2007

In einem weiteren ausführlichen Tagesordnungspunkt widmete sich der Parteivorstand der Gründung des Jugendverbands der neuen Partei. Dazu waren eine ganze Reihe von VertreterInnen der verschiedenen Jugendstrukturen anwesend, außerdem JugendkoordinatorInnen aus mehreren Landesverbänden. Es gab Berichte aus den einzelnen Arbeitsgruppen, die sich

mit der Vorbereitung des Gründungskongresses, der Finanzplanung, dem Statut und den Programmatiken Eckpunkten beschäftigten. In einer durchaus kontroversen Diskussion wurde von einigen VertreterInnen mangelnde Transparenz beklagt, auch mussten Mitglieder des Parteivorstands feststellen, dass die Kriterien, die der Vorstand bereits für die Gründung festgelegt hatte, bislang nicht durchgängig erfüllt werden. Schließlich soll der neue Jugendverband einer im Bundestag vertretenen Partei angemessen sein und muss entsprechend nach außen wirken. Wichtig ist dies, da dieses historische Ereignis einige Medienaufmerksamkeit finden wird. Knut Korschewski aus Thüringen betonte, dass auch innerhalb der Partei große Hoffnungen in den neuen Verband gesetzt werden, die nicht enttäuscht werden sollten. Aber, so betonte Dietmar Bartsch, der Jugendverband muss auch Spaß machen! Der Parteivorstand beschloss also Finanzmittel zur Durchführung des Gründungskongresses, betonte den Faktor Öffentlichkeitsarbeit und mahnte die Einbeziehung aller Jugendstrukturen „auf gleicher Augenhöhe“ an. Eine Vorlage zur Gründung des Hochschulverbands wurde einstimmig angenommen. Die Gründung findet statt vom 4. bis 6. Mai 2007. Die Idee von Wolfgang Gehrcke, dem Hochschulverband zu dessen Gründung und aus aktuellem Anlass eine Veranstaltung zum Marx-Geburtstag zu schenken, wurde nicht aufgegriffen.

Ob mit solchen Sandkastenspielen der Mindestlohn eine Mehrheit im Bundestag findet, ist doch sehr unwahrscheinlich.

Aus dem Internet der Fraktion Die Linke. im Bundestag: Deutschland braucht Mindestlöhne

Die gesamte Fraktion DIE LINKE. unterstützt die SPD-Aktion „Politik für gute Arbeit – Deutschland braucht Mindestlöhne“. Oskar Lafontaine und Gregor Gysi haben dem SPD-Vorsitzenden am 28. März die entsprechenden Unterschriftenlisten zugesendet. Die beiden Fraktionsvorsitzenden sowie Klaus Ernst und Lothar Bisky hatten als Erstunterzeichner den Aufruf der SPD zur Einführung von Mindestlöhnen unterschrieben. DIE LINKE. hat den Text in einem eigenen Antrag aufgenommen und wird ihn in den Bundestag einbringen. „Die SPD-Forderungen sind unsere Forderungen seit 2005“, begründet Gregor Gysi. Die SPD hat bisher Anträge der Linksfraktion zur Einführung von Mindestlöhnen abgelehnt.

Zusammenstellung: jöd

Beherrschter Raum, effektiver Raum, Verkehrswegeplanung

Aus der Diskussion der Linken Schule, Winter 2007, Erfurt, Kurs Wirtschaft

Der Kurs Wirtschaft der Linken Schule der ArGe hat sich im Januar 2007 dem weiten Feld der Verkehrswegeplanung genähert. Fast unerwartet hat sich gezeigt, dass in der Diskussion dieses zunächst eher technischen Themas Grundfragen der Beziehung zwischen dem Staat und den Individuen zur Sprache kommen. Es könnte, um das Problem anzureißen, eine Ordnung auf der Grundlage des Privateigentums nicht Raum greifen, gäbe es nicht den öffentlichen Raum, in dem sich die Wirtschaftssubjekte treffen bzw. mit Lieferungen gegenseitig aufsuchen können.

Ältere Zeiten sehen den Raum zwischen den Siedlungen als gesetzlose Wildnis. In der modernen Welt unterliegen das ganze Festland und zunehmend die Meere und der nahe Weltraum einer Scheidung in privaten Besitz und öffentlichen Raum. Die wirtschaftliche Nutzung des privaten Besitzes beruht nicht nur auf dem freien Verfügungsrecht der Eigner auf ihrer Domäne. Genauso unabdingbar ist der Zugang zu allen anderen, und das kann nur durch den öffentlichen Raum geschehen.

Es ist hier nicht nötig, die Vorteile, die durch arbeitsteilige Produktion und Austausch entstehen, auszuführen, sie sind so gewaltig, dass der Austausch für die Privaten auch dann interessant bleibt, wenn eine politische Macht Wegelder und Zölle abschöpft.

Es besteht also nicht nur die logische Notwendigkeit eines Eigentümers außerhalb der Privateigentümer, der den öffentlichen Raum behauptet, es besteht auch eine Möglichkeit der Finanzierung, die diese Macht aus dem Kreis der Erwerbenden heraushebt. Sie kann durch Steuer auf das Gewerbe und den Verkehr der Privaten finanziert werden. Durch die Garantie rechtlich sicherer Wege bringt die Staatsorganisation dem bürgerlichen Erwerben zweifellos Nutzen, aber dieser Nutzen wird von den Privaten nicht „erworben“, der Staat gewährleistet ihn.

Das Geflecht der öffentlichen oder im öffentlichen Auftrag bereitgestellten Verkehrswege ist eine Art des körperlichen Daseins der Staatsorganisation.

Beherrschter Raum und effektiver Raum (Forsthoff)

Zu Beginn befasste sich die AG deshalb mit einem Vortrag von Ernst Forsthoff, „Die Daseinsvorsorge und die Kommunen“, gehalten auf der Jahrestagung des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. am 16.12.1957 in Köln.

Mit Blick auf frühere Stadien des Wirtschaftens hat darin der Rechtswissenschaftler Ernst Forsthoff, der als militanter Katholik begann, dann für die Nazis Propaganda machte und schließlich dem Konservatismus der BRD diente, eine widersprüchliche Entwicklung bemerkt. Er geht von dem Begriff des beherrschten Raumes aus, worunter er einen Ausschnitt der Erde versteht, auf dem eine Person ihren Unterhalt aus Naturquellen bestreiten kann. Das Bild ist fiktiv, denn als Einzelner kann der Mensch nichts verrichten, es ist aber trotzdem nützlich, weil vor diesem Hintergrund eine Funktionsverschiebung zwischen den gewerbetreibenden Privaten und dem Staat deutlich wird, die auch das Thema der Verkehrswege betrifft.

Stellen wir uns zunächst Wirtschaft als ein arbeitsteiliges System voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten vor, die sich über den Markt begegnen und im Gelingen oder Misslingen des Austausches erfahren, ob sie auf eine zahlungskräftige Nachfrage treffen, so stellt sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine für alle sichtbar andere Situation her. Die „Privatarbeiten“ können nun selbst beim besten Willen nicht mehr „unabhängig“ betrieben werden. Sie können nur noch dort aufgenommen werden, wo staatliche Vorleistungen bereits erbracht worden sind. Namentlich geht es hier um den Anschluss an das Straßen- und Eisenbahnnetz sowie um den Anschluss an Einrichtungen der Energieversorgung und der Kommunikation. Post, Bahn, Telefon, Straßen-, Strom-, Wasser- und Abwassernetze sowie andere Einrichtungen werden unverzichtbare Bestandteile des Wirtschaftslebens.

Während durch diese Einrichtungen der Raum, in dem sich die Wirtschaftssubjekte effektiv bewegen und ihre Chancen wahrnehmen können, sich in früher unvorstellbare Weiten ausdehnt, schrumpft der Raum, in dem sie ihr Leben unberührt durch Dritte einrichten können, immer weiter zusammen. Beindruckt durch die Zeiten des Zusammenbruchs nach den Niederlagen des kaiserlichen und dann Nazi-Deutschlands, weist Forsthoff auf die Bedürftigkeit hin, die entsteht, wenn ohne Vorleistung des Staates nicht einmal Wasser zum Trinken geschöpft werden kann.

Die besonders in gesellschaftlichen Krisensituationen bemerkbare

Schrumpfung des beherrschten Lebensraumes wird in der Lebensführung durch die Ausweitung des effektiven Lebensraumes kompensiert. Zitat Forsthoff: „Die modernen technischen Kommunikationsmittel setzen den Menschen in den Stand, unvergleichlich viel weiträumiger zu leben als unsere Vorfäter ... Diese Weite des beherrschten Lebensraumes als Ausgleich für den Schwund des effektiven Lebensraumes ist Schutzgut des sozialen Trends.“ (a.a.O., S. 5)

So fungiert die Reise in den Erholungsurlaub auch als Kompensation zur Enge und Naturferne städtischen Lebens, so mildert das Angebot erschwinglicher Kommunikation die Härte der Zerstreuung der Familien durch die Erfordernisse des Arbeitsmarkts.

Man könnte dazu sagen, dass in der Kategorie des „beherrschten Raumes“ auch früher schon Menschen eingeschlossen waren, die Gegenstand der Herrschaft waren, nicht deren Träger. Die daraus abgeleitete Kategorie der Freiheit schloss, so z.B. bei der Freiheit des Haushaltsvorstandes oder Hausherrn, die Gehorsamspflicht der Ehegattin und der Kinder ein.

Trotzdem bleibt aber die Beobachtung richtig, dass die heutigen Daseins- und Lebensbedingungen beim besten Willen nicht mehr als ein Geschenk der Natur oder eines guten Gottes begriffen werden können. Es ist eine Umwelt, die zu erheblichen Ausmaßen auch durch Leistungen der öffentlichen Verwaltung geschaffen und ständig weiter bereitgehalten wird. „Der moderne Mensch ohne beherrschten Lebensraum lebt nicht mehr nur im Staat, sondern im wesentlichen vom Staat“, heißt es dazu bei Forsthoff (a.a.O., S. 7)

Eingriffsverwaltung und Leistungsverwaltung

Die herkömmliche Form bürgerlicher Staatsverwaltung geht von dem Grundsatz der Unabhängigkeit der privaten Bürger aus. Wo sich diese konkurrierend aneinander reiben, setzt sie Regeln und Grenzen. Die organisatorische Form der Eingriffsverwaltung ist die Behörde, die auf Grundlage von Recht und Gesetz Bescheide erteilt, die gerichtlich nachgeprüft werden können.

Geht man von einem Wirtschaftsprozess aus, so ist der Akt der Eingriffsverwaltung typischerweise vorgelagert. Eine Baugenehmigung wird erteilt. Ein Antrag auf Sondernutzung einer Stra-

ße für ein Nachbarschaftsfest wird genehmigt.

Die leistende Verwaltung hingegen stellt ein Gut, eine Sache oder eine Dienstleistung bereit, die in den Wirtschaftsakt einfließt. So zum Beispiel, wenn sie ein Baugelände planend und durch Einrichtung von Infrastruktur erschließt, die Verkehrsanbindung eines Industriegebietes schafft, aber auch, wenn sie eine Schule baut und betreibt.

Während die Eingriffsverwaltung damit zu tun hat, dass beschlossenen Gesetzen Geltung verschafft wird, egal was es kostet, geht es bei der leistenden Verwaltung letztlich um den Nutzeffekt, den die Leistung auf das Wirtschaftsleben hat.

Die Kosten, die sie macht, können gegen den Nutzen, den sie bringt, aufgerechnet werden. Diese Leistungen müssen bemessen werden.

Anschluss und Ausschluss

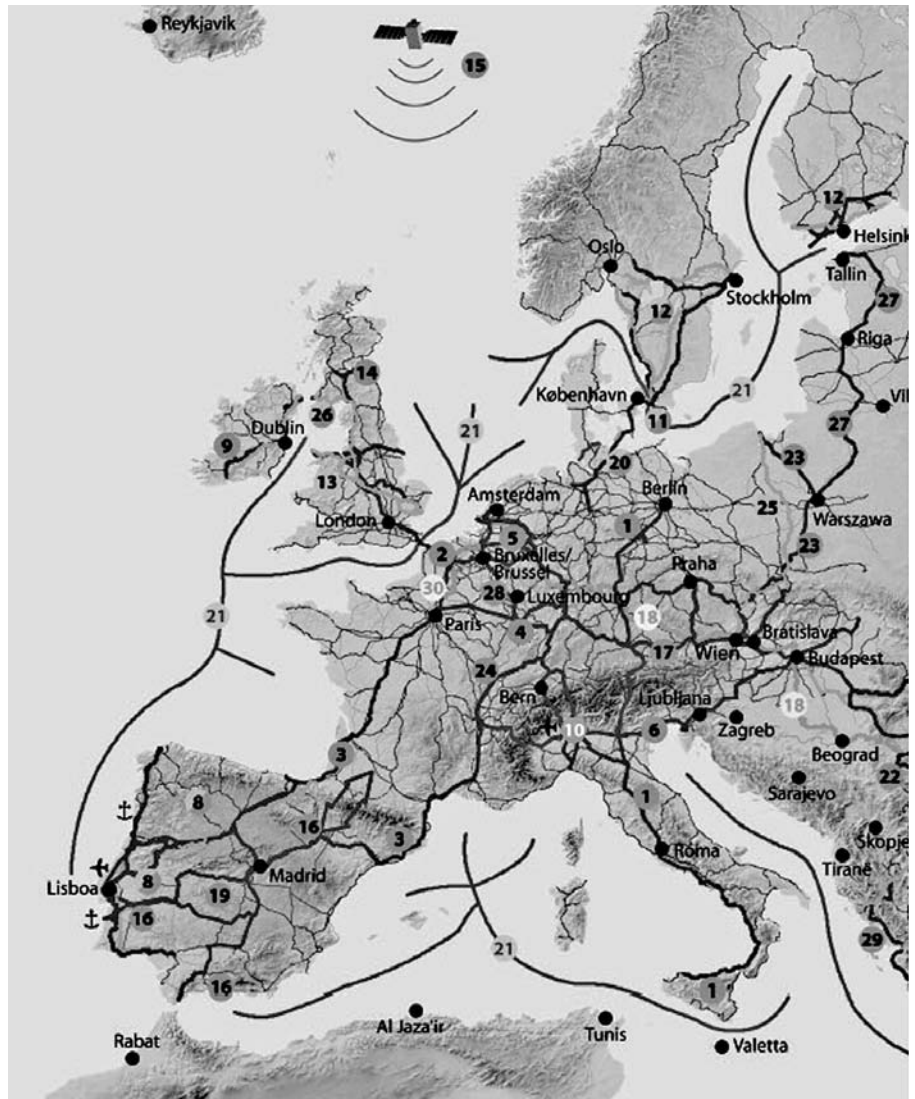
Die leistende Verwaltung entsteht auf der Basis des offenbaren oder vermuteten Marktversagens. Ob es um Straßen- und Brückenbau geht, um die Errichtung von Kraftwerken, um neue Stromnetze oder Wassernetze, stets „müssen auch Risiken eingegangen, Wechsel auf die Zukunft gezogen werden, zu denen sich die Wirtschaft nicht veranlasst sehen würde,“ so ForsthoFF (a.a.O., S. 14). Die Finanzierung dieser Leistung kann nicht oder nicht ausreichend durch zahlungsfähige Nachfrage gewährleistet werden. Wenn, wie es kaum bestreitbar der Fall ist, Leistungen der Verwaltung in den tagtäglichen Lebensprozess einfließen, wird der Anspruch auf solche Leistungen für die Lebensführung entscheidend. Die Person, die von solchen Leistungen ausgeschlossen wäre, könnte auch das ganze Feld ihrer anderen Beziehungen nicht betreten. Sie würde aus dem Arbeitsmarkt und nach einer gewissen Zeit auch mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem Gemeinschaftsbindungen etwa der Familie oder Partnerschaft herausfallen.

Die Zuteilungen solcher Leistungen durch politische Beschlüsse werfen vielfältige Gerechtigkeitsfragen aus, so z.B. wenn entschieden wird, in welchen Gebieten vorzugsweise in die Infrastruktur investiert wird, welche Verkehrswege und welche Verkehrsmittel begünstigt werden usw.

Zur politischen Dimension, Geschichte und wirtschaftlichen Bedeutung der Verkehrswege (Braudel, von Thünen)

Die Wege, die den Verkehr zwischen den Privaten ermöglichen, sind, wie oben schon gesagt, notwendigerweise öffentlicher Raum, in dem öffentliches Recht gilt. Sie sind ebenso notwendig Sache, die in den wirtschaftlichen Prozess der Transportleistung im technischen Sinne eingeht.

Im zweiten Teil des Kurses befassten



Karte der „30 vorrangigen Achsen und Netze 2005“ des „Transeuropäischen Verkehrsnetzes“, Hrsg. von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Brüssel 2006 (die Karte ist hier im Bild an der rechten Seite abgeschnitten, die Originalkarte der Kommission reicht nach Osten weiter bis Moskau, Ankara und Zypern).

wir uns deshalb zunächst mit der Geschichte der Verkehrswege in Europa. Quelle dafür waren Texte aus der dreibändigen „Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts“, verfasst von dem französischen Historiker Fernand Braudel, insbesondere aus den Bänden „Der Alltag“ und „Der Handel“. Braudels Schilderung der „festgelegten Reisewege“ jener Zeit, der „Geschichte der Straßen und ihre Hintergründe“ machen vor allem die Schwerfälligkeit der Transportmittel jener Zeit deutlich. Gleichzeitig erlauben sie aber auch Einblicke in die hohe Bedeutung, die selbst diesen schlechten Wegen mit ihrer geringen Geschwindigkeit und Transportleistung schon damals für die wirtschaftliche Entwicklung zukam.

Ein kurzer Abschnitt über „Städtische Handels- und Wirtschaftsräume“, in denen Braudel die verschiedenen, einander überlagernden wirtschaftlichen Kreise um eine Stadt darstellt – angefangen vom Kreis der Nahrungsmittelversorgung, über den Geltungsbereich ihrer Maße und Münzen, den

Kreis ihrer Kreditgeschäfte bis hin zum Fernhandel – leitete dann über zu einem klassischen Text aus der Wirtschaftswissenschaft zum Thema „Wirtschaften im Raum“: Johann Heinrich von Thünen und seine Schrift „Der isolierte Staat“. Darin schildert dieser aufgeklärte mecklenburgische Gutsbesitzer des 19. Jahrhunderts anhand eigener Aufzeichnungen und Studien die enorme betriebswirtschaftliche Bedeutung der Verkehrswege am Beispiel der Wirtschaftsbeziehungen von Stadt und Land. Ein Landbesitzer, der seine Ernte in die Stadt zum Verkauf bringen will, musste damals beim Transport einer Fuhre Korn in die Stadt schon nach 50 Meilen feststellen, dass das gesamte Korn, das er in der Stadt verkaufen wollte, für die Verpflegung des Pferdes und des Fahrers des Fuhrwerks verbraucht worden war. Schlechte, langsame und unzureichende Verkehrswege waren und sind deshalb eine enorme Bremse für jede wirtschaftliche Entwicklung, sowohl auf dem Land wie in der Stadt – wie umgekehrt Investitionen

in die Verkehrsnetze eine enorme Bedeutung für die wirtschaftlichen Entwicklung sowohl von Städten wie auch der sie umgebenden ländlichen Räume haben.

Wenn beispielsweise heute Einrichtungen wie die Weltbank, aber auch die UNO und private Handelskonzerne von Ländern wie Indien höhere Investitionen in Straßen- und Stromnetze fordern, oder wenn der chinesische Staatsrat beschließt, bis 2010 umgerechnet rund 150 Milliarden Euro in den Ausbau des Eisenbahnnetzes und in schnellere Züge zu investieren, neue, zum Teil über tausend Kilometer lange Kanäle anzulegen und das Autobahnnetz von derzeit 41.000 Kilometern auf 85.000 Kilometer zu verdoppeln (Berliner Zeitung, 2.1.2007), dann liegt dem genau die Überlegung über wirtschaftliche Entwicklungszusammenhänge zugrunde, die schon der mecklenburgische Grundbesitzer von Thünen in seiner damaligen Schrift darstellte.

Aktuelle Verkehrspolitik: Europäische Netze, Bundesverkehrswegeplan

Die Verkehrswege müssen durch ordnungspolitische Eingriff gesichert und durch Vorarbeit und laufende Betreuung der leistender Verwaltung geplant bzw. in Stand gehalten werden.

Diese Planung kann von den Privaten nicht einem der Ihren übertragen werden, sie muss vielmehr im öffentlichen Interesse stattfinden.

Die Planung und Verwirklichung von Verkehrswegen ist selbst eine wirtschaftliche Leistung, zu deren Erbringung große Mittel eingesetzt werden müssen. Gleichzeitig handelt es sich um Maßnahmen, die in Vermutung eines künftigen Nutzeffektes ergriffen werden. Der Nutzeffekt mag hoch wahrscheinlich sein, gewiss ist er nicht. Die Verkehrswegeentwicklung ist in diesem Sinne unternehmerisches Tun, das einen künftigen Bedarf voraussetzt.

Durch diesen Umstand ergibt sich auf diesem wichtigen Sektor der Volkswirtschaft eine Verschiebung im Einfluss der Institutionen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Bedeutung des staatlichen Sektors unternehmerischen Handelns nimmt zu.

Im dritten Abschnitt des Kurses befassten wir uns deshalb mit aktuellen Übersichten der EU über das „Transeuropäische Verkehrsnetz“ (die Broschüre TEN-V – vorrangige Achsen und Projekte 2005, herausgegeben von der Generaldirektion

Energie und Verkehr der Europäischen Kommission) und mit dem aktuell gültigen „Bundesverkehrswegeplan 2003“ (herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen).

Aus der Broschüre der EU-Kommission wird deutlich, wie die Europäische Union durch die Schaffung von Verkehrswegen weiter zusammengeschweißt werden soll. Hier nur ein paar Gesichtspunkte, die uns auffielen:

- Es ist eine Kernzone innerhalb der EU am Entstehen, durch die der Zusammenhang der metropolitenen Zentren/Regionen Südenglands, Nordfrankreichs, der Benelux-Länder und des westlichen Deutschland auch über den weiteren Ausbau der zwischen ihnen bestehenden Verkehrswege – Bahn, Wasser, Straße und Luft – unauflöslich fixiert werden soll.
- An dem Anschluss in Richtung iberische Halbinsel, Schweiz/Oberitalien und in Richtung südöstliches Europa wird hart gearbeitet.
- Ebenso ist der Versuch deutlich, die Nord-Süd-Verbindungen (von Skandinavien bzw. dem Ostsee-Raum bis hinunter zum Mittelmeer) weiter zu entwickeln und zu beschleunigen.
- Durch die neue Containertechnik mit den schnellen Verladezeiten und den

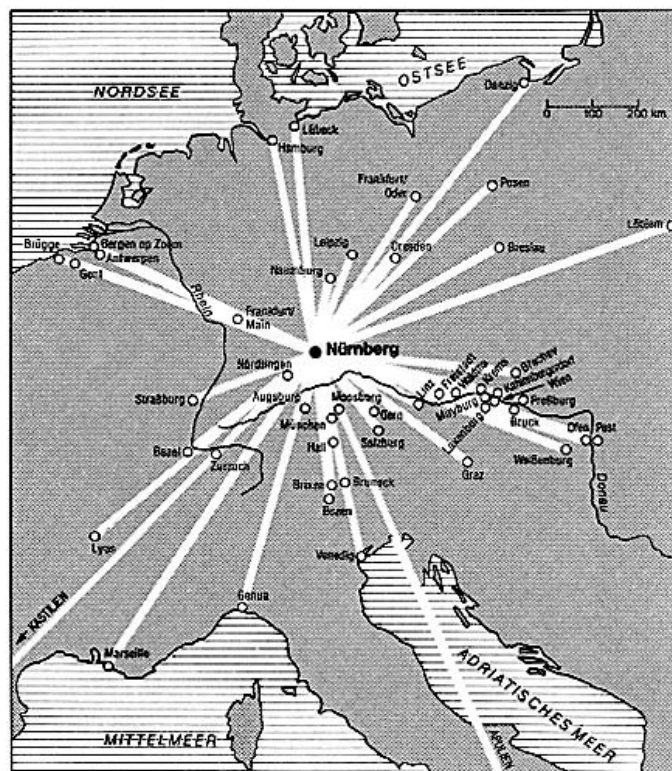
hohen Fahrgeschwindigkeiten entsteht auf den Meeren, die die europäische Halbinsel umfluten, eine Art (Halb-) Kreis für den Schiffsverkehr vom Ostseeraum, der die skandinavischen Länder, das Baltikum und Nordosteuropa mit Deutschland verbindet, über die Nordsee bzw. die atlantischen Küstengebiete bis zum Mittelmeerraum; die EU-Kommission spricht in diesem Kontext bezeichnenderweise von „Meeresautobahnen“

- Nicht zuletzt zeigt sich auf diesem Gebiet auch die Erwartung zunehmender Verflechtung des nordamerikanischen mit dem europäischen Wirtschaftsraum.

Welche Bedeutung der Entwicklung dieser Verkehrswege beigemessen wird, zeigt beispielsweise das Investitionsvolumen allein für die 30 von der EU-Kommission ausgewählten und als Schwerpunktaufgaben benannten „transnationalen Verkehrsachsen“. Der Finanzierungsbedarf allein für diese, seit Anfang der 90er Jahre schrittweise in Verhandlungen mit den Mitgliedsländern ausgewählt und inzwischen in unterschiedlichem Ausmaß auch bereits Angriff genommenen Vorhaben wird von der EU-Kommission auf ungefähr 600 Milliarden Euro beziffert. „Die modernen Volkswirtschaften können Wohlstand und Beschäftigung nur mit hocheffizienten Verkehrsnetzen schaffen“, heißt es dazu in der Broschüre.

Für die technische Bewältigung der enormen Güterströme wird die Steuerung durch das Galileo-Satellitensystem erforderlich, das es auch sehr erleichtern wird, die Nutzer der Einrichtungen zu Deckungsbeiträgen heranzuziehen.

Bei der Diskussion über den Bundesverkehrswegeplan fiel uns auf, dass dieser von einem stärkeren Wachstum des Schienenverkehrs als des Individualverkehrs ausgeht (32% Zuwachs des Personenverkehrs von 1997 bis 2015 gegenüber 16% Zuwachs beim Individualverkehr, 103% Zuwachs beim Güterverkehr über die Schiene gegenüber 58% Zuwachs beim Straßen-güterverkehr, ebenfalls von 1997 bis 2015). Auf der anderen Seite dominiert trotz dieser Verschiebung zugunsten der Schiene absolut immer noch der Straßenverkehr. Zwischen 75 und 80% allen Personenverkehrs erfolgt als Individualverkehr über die Straße, knapp zwei Drittel des Güterverkehrs wird über Straßenverbindungen abgewickelt.



Schon im Mittelalter spielten die Verkehrsverbindungen und die damit verbundene geografische Lage von Städten entlang überregionaler Handelsrouten eine wichtige Rolle für die ökonomische Entwicklung dieser Städte. Das Bild zeigt Nürnberg und die Handelswege der Stadt um 1550 in Richtung Ostseeraum, Nordsee (und damit Atlantik), zur Donau (und damit zum Schwarzen Meer) und in Richtung zum Mittelmeer. Aus: Fernand Braudel, Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts (Bd. 2, „Der Handel“), Kindler Verlag, S. 200

Politische Konsequenzen

Wir haben eine Situation, in der das unternehmerisch-technische Handeln der Staatsorganisation dem politischen-normativen vorausseilt. Auf Seiten der Staatsorganisation, die die Aufgabe der Sicherheit der bereitgestellten Verkehrswege hat, entsteht das Gefühl hoher Verletzlichkeit bzw. einer Gewährleistungslücke. Die große Bedeutung des Funktionierens dieser Einrichtung für das tägliche Wirtschaftsgeschehen ist gegeben. Störungen können nur in geringem Umfang abgefedert werden.

Zu beachten ist auch, dass im Ergebnis nicht nur der effektive Gütermarkt ausgedehnt wird, sondern auch der effektive Arbeitsmarkt, wie überhaupt die effektive Bewegungsfreiheit der Person. Es führt dies zu einer Konstellation, in der die effektive Freiheit der Person von der Beherrschung des effektiven Raums durch den Staat abhängt.

Diese längst das außen- und sicherheitspolitische Geschehen durchdringende Konstellation hat aber auch ihr Gegengewicht. Obwohl die Ausprägung des öffentlichen Raums die Chancen der Personen, Betriebe und Regionen ganz erheblich beeinflusst, werden die Wirtschaftsleistungen letztendlich doch in hohem Ausmaß in Ballungszentren erbracht. Auch innerhalb dieser Ballungsräume besteht das Verhältnis von leistender Verwaltung und bedürftiger Bevölkerung, aber es muss nicht die Konstellation der Auslieferung annehmen, sondern kann in die Richtung der Selbstverwaltung führen.

Die Verkehrsplanung der EU zeigt nach außen neben einem Trend zur Intensivierung der globalen Wirtschaftsbeziehungen auch eine deutliche Tendenz zu intensiven Verbindungen in Richtung Nordamerika. So bietet sich für den Sommer eine Beschäftigung mit der Entwicklung der internationalen Handelsströme an, Stichwort „Transatlantische Wirtschaftsgemeinschaft“ und Euro-Dollar-Diskussion.

Berichterstattung:

Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Quellen:

Ernst Forsthoff, Die Daseinsvorsorge und die Kommunen, Vortrag auf der Jahrestagung des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. am 16.12.1957 in Köln, Sigillium Verlag, Köln-Marienburg, 1958

Fernand Braudel, Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts (3 Bände), Kindler Verlag, 1986;

Johann Heinrich von Thünen, Der isolierte Staat, Scientia Verlag Aalen, 1990; dokumentiert und beschrieben auch bei Prof. Dr. Werner Hofmann, Sozialökonomische Studientexte, Band 2 (Einkommenstheorie), Verlag

Duncker & Humblot Berlin, 1971
Transeuropäisches Verkehrsnetz. TEN – V – vorrangige Achsen und Projekte 2005, hrsg. von der Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission, Brüssel 2005
Bundesverkehrswegeplan 2003, hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin 2003

Rezensiert: „Weltkrieg um Wohlstand“

Halbwahrheiten im Wehrmacht-Jargon

Das Buch „Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden“ ist im September 2006 erschienen und hat seitdem bereits drei Auflagen erlebt. Der Verfasser, Gabor Steingart, ist seit 2001 Leiter des „Hauptstadtbüros“ des Magazins „Spiegel“. Sein erstes Buch „Deutschland. Abstieg eines Superstars“ stand 2004 monatelang auf den Bestsellerlisten. Das neue Buch hat es nicht ganz so hoch geschafft – zum Glück.

„Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden“ will der Autor beschreiben, und kommt im Klappentext gleich zum angeblichen Kern: „Für die reichen Länder des Westens beginnt die Globalisierungsbilanz zu kippen: Asien trumps auf, während Europa und Amerika zurückfallen“, heißt es da, und weiter: „Die Methoden der Angreiferstaaten sind gleichermaßen brutal wie erfolgreich: Sie ertragen im Land bittere Armut, verursachen Umweltzerstörungen in nie gekanntem Ausmaß, um ihre Kräfte in den Exportindustrien zu konzentrieren. Der Westen wird bei Löhnen und Sozialstandards unterboten, sein in Jahrzehnten erworbenes Wissen oftmals gezielt abgesaugt. Die Folgen spüren wir täglich: Wanderten zuerst die einfachen Industriearbeitsplätze aus, gilt die neueste Angriffswelle dem Mittelstand und den High-Tech-Jobs. Das Zeitalter westlicher Dominanz geht zu Ende.“

Wem bei dieser kriegerischen Wortwahl der NS-„Volksempfänger“-Jargon einfällt und die Fanfare: „Das Oberkommando der Wehrmacht erklärt ...“, liegt vermutlich nicht ganz falsch. Wieder einmal scheint der Ansturm asiatischer Horden auf „unseren Wohlstand“ unmittelbar bevorzustehen.

Hasserfülltes Menschenbild, Weltwirtschaft als Nullsummen-Ökonomie

Die zwei Eingangskapitel zum (europäischen) 19. und (amerikanischen) 20. Jahrhundert legen dabei schon nahe, was folgt: Das 21. Jahrhundert wird „asiatisch“. Warum? Weil Inder, Chinesen und andere einen Lebensstandard anstreben, den Europäer und US-Ame-

rikaner schon haben. Und weil sie anscheinend dabei sind, das in 10, 20 oder 30 Jahren auch tatsächlich zu erreichen.

Aus diesem ziemlich normalen Streben von Millionen Menschen einen angeblich unausweichlichen „Weltkrieg um Wohlstand“ zu machen und auf 388 Seiten auszuwalzen, dazu gehört schon ein eigenartiges, um nicht zu sagen: von Hass auf Fremde bestimmtes Menschenbild, und vor allem eine merkwürdige Vorstellung von Ökonomie.

Nur wenn der ökonomische Reichtum dieser Welt eine durch Naturgesetze festgeschriebene, unveränderliche Größe wäre, wenn ein steigender Lebensstandard in der einen Weltgegend deshalb nicht durch eigene Arbeit erreichbar wäre, sondern nur durch Beraubung anderer Teile der Weltbevölkerung in anderen Regionen, wenn also ein steigender Lebensstandard in der einen Weltgegend naturnotwendig mit sinkendem Lebensstandard in anderen Weltgegenden einhergehen muss, nur dann würde das Streben von Millionen Menschen in Asien und anderswo nach einem Lebensstandard wie hierzulande notwendig in einen „Weltkrieg um Wohlstand“ münden. Genau dieser absurde Nullsummen-Ökonomie predigt Steingart.

Mehr noch. Er zeichnet ein Menschenbild von Asiaten, das an schlimmste darwinistische Zerrbilder aus der Kolonialzeit erinnert: „China ist dem Wortsinne nach eine düstere Großmacht, weil wir nicht fühlen, was sie fühlen, nicht wissen, was sie denken, und nicht einmal ahnen, was sie planen ... Überall in Asien stoßen wir auf eine sehr ähnliche Gleichgültigkeit gegenüber den westlichen Werten, auch wenn das keiner so sagen würde.“ (S. 362).

Halbwahrheiten und Absurdes

Ansonsten ist nicht alles falsch, was Steingart beschreibt. Aber die enorme Vergrößerung des Weltarbeitsmarktes durch den Eintritt Chinas, Indiens und der Staaten des früheren RGW in den Kreis der für den Welthandel offenen Marktwirtschaften, die er unter verschiedenen Gesichtspunkten beschreibt, hat Robert Reich, US-Arbeitsminister unter Clinton, schon Anfang der 90er Jahre analysiert. Inzwischen findet sich das Thema in jeder Tageszeitung, meist als Rechtfertigung für immer mehr Ungleichheit hierzulande bei der Verteilung von Einkommen aus Arbeit auf der einen Seite und Einkommen aus Vermögen auf der anderen Seite.

Meist fabriziert der Autor aber Halbwahrheiten, um soziale, gesellschaftliche Gegensätze zurückzudrängen hinter das nationalistische Bild „wir gegen die Asiaten“. Die Finanzierung der sozialen Sicherung durch Beiträge auf den Bruttolohn etwa sei „das wahrscheinlich größte Import-Förderungsprogramm, das je ein Staat aufgelegt hat“,

erfahren wir (S. 326). Klingt logisch, denn solche Beiträge verteuern zweifellos die Arbeitskosten. Steingart: „Die Mobiltelefone aus Korea, die Kühlschränke aus Taiwan und die Computer aus China kennen derartige Aufschläge auf den Faktor Arbeit nicht, weshalb der beitragsfinanzierte europäische Sozialstaat für sie ein großes Glück ist. Ihre Arbeit bleibt unbelastet, ihre Produkte werden dadurch verbilligt.“ (S. 325)

Mal abgesehen von der Chuzpe, mit der Steingart bei dieser Schwarz-Weiß-Malerei Staaten wie Südkorea, Taiwan und selbst Japan (dort liegen die Löhne höher als in Deutschland) zu angeblichen Billigheimern erklärt – was ist seine Alternative? „Ein Sozialstaat, der sich im Wesentlichen über Verbrauchssteuern finanzierte, würde In- und Ausländer mit mathematischer Exaktheit gleich behandeln.“ (S. 326) Also Rente, Pflege, Gesundheitsschutz und Arbeitslosenversicherung finanziert aus der Mehrwertsteuer. In Wirklichkeit wäre so eine Umstellung, um Steingarts Vokabular zu benutzen, „das wahrscheinlich größte Export-Förderungsprogramm, das je ein Staat aufgelegt hat.“ Denn die Finanzierung der sozialen Sicherung aus Verbrauchssteuern bedeutet, dass die Unternehmen für alle Produkte und Dienstleistungen, die sie exportieren, von der Finanzierung der sozialen Sicherung freigestellt werden. So ein Vorschlag in einem Land, das seit Jahren Export-Weltmeister ist und dessen Konzerne mit ihren Überschüssen im Warenexport in anderen Ländern Tausende Jobs vernichten, ist schon dreist.

Andere Warnungen des Autors machen schlicht sprachlos. „50 der 500 größten Firmen der Welt sollen sich in zehn Jahren in chinesischer Hand befinden, hat der Staatsrat beschlossen.“ (S. 233). Ja, wenn's der Staatsrat beschlossen hat! Heilige Einfalt!

Für NATO und „Weltwirtschaftskrieg“

Politisches Ziel des Autors ist die – von Kanzlerin Merkel ohnehin verfolgte – „Idee einer europäisch-amerikanischen Freihandelszone“. (S. 361) „Wer den Handelskrieg verhindern will, muss ihn vorbereiten“, werden wir informiert. Protektionismus, Marktabschottung, Zollschutz und mehr Staatsknete für die Konzerne, um das Vordringen der asiatischen Konkurrenz zu stoppen, das ist die schlichte These, die der Autor unter die Leute bringen will. „Was die NATO im Zeitalter militärischer Bedrohung für den Westen bedeutete, könnte im Angesicht der ökonomischen Herausforderung eine transatlantische Freihandelszone leisten ... Gemeinsam bringen Europäer und Amerikaner noch einiges Gewicht auf die Waage ... Die im Kalten Krieg bewährte Waffenbrüderschaft könnte im Weltwirtschaftskrieg fortgesetzt werden, wobei das Ziel, Freiheitserhalt und Wohlstandsmehrung,

das alte bleibe und nur das Instrument sich verändert hätte.“ (S. 363f.)

Trotz der vielen Hasstiraden sollte man das Buch lesen. Denn Steingart formuliert, was vermutlich in vielen Köpfen von Journalisten, bei Behörden, Unternehmerverbänden und Konzernspitzen herumspukt. Wer bei „amazon.de“ Steingarts Buch eingibt, erhält als Info: „Kunden, die diesen Artikel gekauft haben, kauften auch: ‚Hurra, wir kapitulieren! Von der Lust am Einknicken‘ von Henryk M. Broder und ‚Das Gesetz der Hydra. Gebt den Bürgern ihren Staat zurück!‘ von Paul Kirchhof.“ Das dokumentiert das Publikum, für das Steingart schreibt. Es wäre also nicht überraschend, wenn bald das Ifo-Institut, die von Gesamtmetall gesteuerte „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ und ähnliche Einrichtungen mit vergleichbaren Thesen aufwarten. Die Begeisterung für nationalistische „Hau-Ruck-Reden“ und entsprechende Politik ist in diesen Kreisen bekanntlich schon lange groß.

rül



Gabor Steingart. Weltkrieg um Wohlstand, Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. Piper Verlag München Zürich 2006, 397 Seiten, 19,90 Euro.

Leseempfehlung

„... aber nicht verstummt“

Die zwei neuen Hefte in der so genannten „Blauen Reihe“, den Schriften für internationale Politik, könnten unterschiedlicher nicht sein. Ralph Hartmann (Jg. 35), Botschafter a.D., gab dem Heft 11 den Titel „Abgewickelt, aber nicht verstummt“. Hartmann und In-

grid Muth, die das Heft 12 „Zwischen Anspruch und Realität“ titelte, sind beide Mitglieder des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin (VIP).

„Hartmann hat wie kaum ein anderer aus dem Kreis der DDR-Diplomaten immer wieder in Kommentaren, Reden und Büchern seine Sicht auf die Dinge und seine feste Haltung zur sozialistischen Idee bekundet“, schreibt Hans Modrow in seinem Vorwort zum Heft 11. Das Compendium belegt diese Feststellung. Viele seiner 17 Beiträge behandeln den „Zusammenbruch Jugoslawiens“ und den „schmutzigen NATO-Krieg auf dem Balkan“.

Hartmann gehört unzweifelhaft zu den härtesten Kritikern der deutschen Jugoslawienpolitik von 1990 bis 1999, nachzulesen in seiner Zeugenaussage vor dem Europäischen Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien am 2. Juni 2000, auf den Seiten 37 ff.

Ingrid Muth (Jg. 39), ehemals leitende Mitarbeiterin in der Hauptabteilung Presse des DDR-Außenministeriums, hat sich seit der Wende vor allem der Geschichte der Außenpolitik der DDR zugewendet. Sie ist Autorin des Buches „Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte Strukturen, Mechanismen“ (Christoph Links Verlag, 2000). Als Autorin und Mitherausgeberin der zwei Bände „DDR-Außenpolitik im Rückspiegel“ und „Alternative deutsche Außenpolitik?“ (LITVERLAG Münster-Hamburg, 2004 resp. 2006) gehört sie zu den aktivsten Publizisten des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. Muth veröffentlichte im Band 12 nur vier längere Beiträge. Es handelt sich dabei um Vorträge in öffentlichen Veranstaltungen des VIP und um einen längeren Diskussionsbeitrag in einem Handbuch des Karl Dietz Verlages in Berlin. Sie sind ein Beleg hoher Wissenschaftlichkeit in der Auseinandersetzung mit der DDR-Außenpolitik.

Muths Forschungsergebnisse führen mitunter zu überraschenden Erkenntnissen, die aber immer wieder neue Fragen aufwerfen werden. Gerade das macht die beiden neuen Publikationen so spannend. Sie haben eines gemeinsam: sie sind in ausgezeichnetem Deutsch geschrieben.

Franz-Karl Hitze

Quellen:

Ralph Hartmann: „Abgewickelt, aber nicht verstummt“, Heft 11, 68 Seiten,
Ingrid Muth: „Zwischen Anspruch und Realität. Beiträge zur Geschichte der Außenpolitik der DDR“, Heft 12, 76 Seiten,
Herausgegeben vom Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. im Selbstverlag. Beide Hefte sind für jeweils 3 Euro + Porto zu beziehen über den Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Wilhelmstraße 50, D-10117 Berlin oder E-Mail: VorstandVIP@aol.com



1. Mai-Kundgebungen des DGB. Motto: „Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit!“

4. Mai. Weimar. Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Herausgefordert! Hinausbefördert? Wohnungslose und Wohnungslosenhilfe nach zwei Jahren Hartz-Gesetzgebung. Der Fachtag der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. wird sich mit den z.Zt. erkennbaren Konsequenzen der Hartz-Gesetzgebung in zentralen Bereichen der Wohnungslosenhilfe auseinandersetzen: mit den Hilfen in Wohnungsnotfällen, den Arbeitshilfen und dem Leistungsausschluss für Personen in stationären Einrichtungen. Anmeldung und nähere Info: www.bagw.de

21. bis 24. Mai. Sevilla. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

22. Mai. München. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags.

2. Juni. Rostock. Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Aufrufe usw. siehe www.heiligendamm2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. 31. Evangelischer Kirchentag.

16. Juni. Berlin. Gründungsparteitag Die Linke.

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. 2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

26 bis 28. Oktober. Hamburg. Programmparteitag der SPD.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall.

7. bis 9. November. Potsdam. Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung

Soziale Ungleichheiten und Armut sind nicht neu, sondern seit langem Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung. Während in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und sozialen Fortschritts die Hoffnung vorherrschte, dass sich soziale Ungleichheiten im Laufe der Zeit abschwächen würden, sehen wir, dass soziale Spaltungen und Armut in der Gesellschaft zunehmen. Neuerdings wird der Kampf der Parteien um die Stimmen der Mittelschichten, die sich teilweise von sozialem Abstieg bedroht fühlen, zunehmend auf dem Rücken der „alten Armen“ ausgetragen, die nur motivierter und leistungs-

bereiter sein müssten, die sich nur mehr bilden und stärker anstrengen müssten, um dann auch in die Mitte unserer Drei-Drittel-Gesellschaft aufzusteigen. Wohnungslosenhilfe und wohnungslose Menschen sind davon besonders betroffen, denn viele Indikatoren sprechen dafür, dass ihre soziale Integration immer deutlicher an die Grenzen stößt, die die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland setzt. Die Bundestagung 2007 soll deshalb in den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, soziale Rechte und Menschenrechte sowie Wohnen und Gesundheit die tatsächlichen Chancen wohnungsloser Menschen zur sozialen Integration untersuchen. Müssen die Ziele sozialer Integration neu definiert werden? Muss der Abbau sozialrechtlicher Ansprüche aus der Perspektive der Menschenrechte grundsätzlich hinterfragt werden? Das sind nur einige der Fragen, die der dreitägige Kongress beantworten möchte.

Nähere Info: www.bagw.de

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>